C 21734 D



EXTRA-AUSGABE

Arbeiterkampf

Jg.7 Nr.135 7.8.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,—

Nach dem Sturm auf AKW's ...

Grüne und Bunte auf dem Vormarsch in's Parlament

GLU verläßt Hessen-Bündnis – GLH macht weiter

Genau zehn Tage hielt das am 23.7. in Alsfeld vereinbarte Bündnis zu den hessischen Landtagswahlen zwischen der Grünen Liste - Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW) und der Grünen Liste Umweltschutz (GLU). Dann - am 1.8. - stieg die GLU aus der gemeinsam gebildeten GLH (Grüne Liste Hessen) wieder aus, nachdem sie zuvor einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder bereits an die Gruhl-Partei GAZ, die in Hessen ebenfalls kandidieren will, verloren hatte. Vordergründig gab die mit knapper Mehrheit vorgenommene Wahl von Daniel Cohn-Bendit auf Platz 7 der Landesliste der GLH den Ausschlag für das Aussteigen der GLU. Inzwischen läßt sich jedoch nachweisen, daß es die GLU Niedersachsen bzw. deren Vorstand war, der die Spaltung durchsetzte. Da nun auch die GLU eigenständig kandidieren will, nehmen daher im Moment formal drei „grüne" Gruppierungen am Wahlkampf teil. Jetzt schon ist klar, daß sich als Hauptkontrahenten die rechtskonservative GAZ und die radikaldemokratische GLH (GLW) gegenüberstehen. Dazwischen bewegt sich die GLU, die sich durch ihre Schaukelpolitik völlig unglaubwürdig gemacht hat und möglicherweise für eine eigene Kandidatur sogar zu schwach ist.

Mehrere Einigungsgespräche zwischen GLW und GLU (bei Teilnahme von Vertretern der GLU Niedersachsen) hatten am 16.7. - parallel zu einem gleichzeitig stattfindenden „Parteitag" der GLU Hessen in Pohlheim - dazu geführt, daß eine Verhandlungskommission der beiden Gruppierungen einen Vorschlag für eine gemeinsame Grüne Liste Hessen erarbeitete, der GLW und GLU als Empfehlung unterbreitet werden sollte. Der Vorschlag fand die Mehrheit bei den GLU'lern in Alsfeld; der Stimmungsumschwung wurde auch dadurch dokumentiert, daß der bisherige Vorsitzende der GLU Hessen, der Beddermann-Vertraute Faust, gehen mußte, und durch den Ex-Juso Wolfgang Truss ersetzt wurde. GAZ-Funktionär Kaminski, der bei der GLU für seine „Dachorganisation" werben wollte, hatte das Nachsehen und beteuerte scheinheilig, die GAZ würde beim Zustandekommen der GLH auf eine eigene Kandidatur verzichten - eine glatte Lüge, wie sich einige Tage später herausstellen sollte.

Das Verhandlungsergebnis zwischen GLW und GLU beinhaltete einen Kompromiß in der Frage des Unvereinbarkeitsbeschlusses und eine Absprache über die Verteilung der Plätze auf der Landesliste. So wurde eine nach allen Seiten interpretierbare Abgrenzung von „politischen Trittbrettfahrern und Karrieristen" für die GLH beschlossen, die es beiden Gruppierungen erlauben sollte, unter dem gemeinsamen Dach bei

bare Abgrenzung von „politischen Trittbrettfahrern und Karrieristen" für die GLH beschlossen, die es beiden Gruppierungen erlauben sollte, unter dem gemeinsamen Dach bei

ihrer jeweiligen Praxis zu bleiben (GLW: strikte Ablehnung von UVB's; GLU: Keine Mitgliedschaft von 'K-Gruppen'). Auf der Landesliste sollten beide Gruppen „repräsentativ" vertreten sein; angesichts der mitgliedermäßigen Überlegenheit der GLW bedeutete das vier Plätze für die GLU unter den ersten Zwölf, davon zwei unter den ersten sechs sowie Platz sieben und acht. Über gemeinsame Inhalte der GLH wurde in Pohlheim n i c h t verhandelt; die Verhandlungsführer gingen sehr locker davon aus, daß sich inhaltlich keine wesentlichen Differenzen zwischen GLW und GLU ergeben würden.

Die Gründung der GLH sollte schließlich von den 120 Delegierten der GLW, die sich am kommenden Wochenende zu ihrer Landesvertreterversammlung versammeln sollten, plus 40 Delegierten der GLU vollzogen werden.

In der GLW wurde die Einigung prinzipiell begrüßt, wenn auch vielfach die Ansicht vorherrschte, die GLW-Vertreter hätten recht nachgiebig verhandelt (immerhin war die GLW zu diesem Zeitpunkt ungefähr fünfmal so stark wie die GLU). Es setzte sich rasch ein Vorgehen durch, das darauf abzielte, die Einigung nicht um jeden Preis zu vollziehen, sondern bestimmte unverzichtbare Positionen der GLW für ein Zusammengehen zu formulieren. Diese „Essentials" wurden in langen Diskussionen im wesentlichen von der Frankfurter GLW-Gruppe formuliert und mit Abänderungen und Ergänzungen auf der Delegiertenversammlung der GLW am 22.7. in Alsfeld schließlich auch beschlossen. Inhalt der „Essentials" war auch, daß die GLW für die GLH eine klare unzweideutige Festlegung verlangte, daß es k e i n e UVB's geben sollte. Was die GLU innerhalb ihrer eigenen Reihen machen würde, sollte ihr unbenommen sein; für die gemeinsame GLH sollte jedoch von vornherein einem Zustand vorgebeugt werden, wo in dieser Frage unterschiedliche Interpretationen vorgenommen werden könnten. Ferner setzte sich der Standpunkt durch, daß man nicht j e d e n von der GLU für die Landesliste vorgeschlagenen Kandidaten akzeptieren würde. Konkret gab es einen starken Widerstand gegen das nordhessische GLU-Mitglied Lehnhausen, dessen Ambitionen auf eine Kandidatur unter den ersten Sechs bekannt waren. Von Lehnhausen war die Äußerung bekannt geworden, ein Kommunist im Landtag sei schlimmer als alle AKW's zusammen.

Auf der Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung gab es innerhalb der GLW kaum Widerstand gegen dieses Vorgehen (Festlegung unverzichtbarer Positionen für ein Zusammengehen mit der GLU). Unter der Hand aber wurde vor allem anläßlich der Wahl der GLW-Delegierten für Alsfeld von einzelnen GLW'lern eine massive Stimmungsmache gegen den KB betrieben. Einzelne Wahlergebnisse - so vor allem in Südhessen - wurden in absurder Übertreibung der Realität so dargestellt, daß der KB die GLW total majorisiert hätte. Diese Gerüchtepolitik nahm teilweise völlig lächerliche Formen an. So wurde z.B. herumphantasiert,

- bei einer Frankfurter GLW-Sitzung hätten 50 (!) PKW's mit Hamburger Kennzeichen vor dem Tagungsgebäude gestanden;
- 50 GLW-Delegierte für die Landesvertreterversammlung seien KB'ler;
- in Darmstadt habe der KB rücksichtslos alle bürgerlichen BI'ler und Umweltschützer ausgebootet.

Mag es nun eine ängstliche Überschätzung der Stärke unserer Organisation in Hessen gewesen sein oder aber ein demagogischer Angriff mit dem Ziel, die Linken innerhalb der GLW einzuschüchtern - jedenfalls sahen die Urheber solcher Gerüchte durch die inhaltliche Festlegung der GLW auf die „„Essentials" offenbar die Einigung mit der GLU gefährdet. So wurde speziell dem KB unterstellt, er wolle keine Einigung mit der GLU und steuere gezielt eine Spaltung an. Diese Gerüchtepolitik wurde nach der Landesvertreterversammmlung, auf der sich auch beim schlechtesten Willen keine KB-Majorisierung nachweisen ließ, in Hessen ziemlich sang- und klanglos wieder eingestellt. **Für die GLU Niedersachsen jedoch dienten diese Unwahrheiten als Rechtfertigung für die später von ihr durchgesetzte Spaltung in Hessen (s.u.).**

Buh-Mann Cohn-Bendit?

Bekanntlich war die Zustimmung der GLU am 24.7. in Alsfeld zu den GLW-„Essentials" nahezu problemlos - bis auf den Punkt UVB's. Hier drehten und wandten sich die GLU'ler, bis sie auch in diesem Punkt nachgaben. Gerade die ständig neuen Bedin-

GLW-„Essentials" nahezu problemlos - bis auf den Punkt UVB's. Hier drehten und wandten sich die GLU'ler, bis sie auch in diesem Punkt nachgaben. Gerade die ständig neuen Bedin-

gungen, die die GLU in punkto „Abgrenzung" zu stellen versuchte, gaben für viele GLW-Delegierte den Ausschlag dafür, Cohn-Bendit als „exponierten Linksradikalen" auf die Landesliste zu setzen, um die Offenheit nach links demonstrativ hervorzuheben. Tatsächlich hatte Cohn-Bendit in Alsfeld mit Nachdruck dafür gefochten, daß in der GLH keinerlei UVB akzeptiert wird. Auch diese Nominierung wurde von den GLU-Delegierten schließlich nach einigem Zögern akzeptiert – bei nur fünf Gegenstimmen auf einer zwischenzeitlichen GLU-Fraktionsbesprechung. Lehnhausen meldete seinen Anspruch auf eine Kandidatur gar nicht erst an. –

Wie die Geier fielen die Medien in den folgenden Tagen über das Alsfelder Ergebnis her: Von Cohn-Bendits Körpergewicht bis zur Unterwanderung der GLH durch Kommunisten, die **„im grünen Mäntelchen ihre roten Ziele"** verfolgten, wurde alles herangezogen, um der GLU den erreichten Kompromiß wieder madig zu machen. Hier tat sich besonders die „FR" mit unverkennbarer Schützenhilfe für SPD/FDP hervor. Die GLU sei von den Linksradikalen „überrannt", „an die Ecke gedrängt" und „ausgetrickst" worden. Prompt beschloß die GLU Hessen nur drei Tage später ein „Ultimatum" an die GLH: Entweder Cohn-Bendit und „kommunistische Sympathisanten" würden von der Liste zurücktreten, oder aber die GLU scheide am 1.8. aus. Ebenso wandte man sich gegen die in Alsfeld so problemlos angenommenen „Essentials", die „zu bunt für eine Grüne Liste" seien. Unter der Hand wurde erzählt, daß auch der Spitzenkandidat der GLH, Alexander Schubart, untragbar für die GLU sei. Schubart war besonders entschieden dafür eingetreten, radikaldemokratische Positionen in das GLH-Programm zu übernehmen.

GAZ: „GLH verfassungsmäßig überprüfen"

Zusätzlich unter Druck gesetzt wurde die GLU Hessen durch die Kandidatur der GAZ, die diese bereits am 29.7. in Marburg beschloß. Die GAZ schlug gegenüber der GLH offen rechtsradikale Töne an: **„Das ist doch nur grünes Gemüse mit roten Karotten. Grün sind die nur hinter den Ohren. Das ist ein wilder Haufen"** – so der hessische Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Waldemar Hees. Die GAZ sei dagegen eine *„wirklich gesunde demokratische, politisch saubere ökologische Strömung"*. Jedes ihrer Mitglieder müsse sich auf die FdGO verpflichten („Oberhessiche Presse", 26.7.). Mit der GLH könne er sich ein Zusammengehen nur vorstellen, wenn diese **„verfassungsmäßig (?!) überprüft wird und frei ist von rötlichen Tupfern"** („Hessisch-Niedersächsische Allgemeine", 24.7.). Die GAZ hatte sich schon vor der Alsfelder Versammlung an GLW und GLU mit der unverschämten Forderung gewandt, die vorderen Listenplätze der GLH für „prominente Ökologen" freizuhalten, deren Bereitschaft zu einer Kandidatur der GAZ angeblich vorliege. Von den sonstigen Listenplätzen verlange die GAZ jeden dritten. Außerdem dürfe **„auf einer gemeinsamen Kandidatenliste kein Bewerber eine Chance haben, der vor dem Verfassungsschutz nicht bestehen könne"** („FAZ", 25.7.). Diese Forderungen wurden von GLU und GLW abgelehnt.

Die GAZ – von der bürgerlichen Presse als ‚gemäßigte Alternative' gegenüber der „linksradikalen" GLH gehegt – beschloß daraufhin eine eigene Kandidatenliste, auf der sich freilich keine „prominenten Ökologen" wiederfanden – bis auf die betrügerische Nominierung von Heinz Brandt auf Platz 2, was von diesem umgehend dementiert wurde. Dafür wurde Herr Lehnhausen, in dessen Gefolge 20 bis 30 GLU-Mitglieder zur GAZ übertraten, auf Platz 5 nominiert.

Im Hintergrund: GLU Niedersachsen

In den späten Abendstunden des 1.8. kündigte die GLU Hessen durch Beschluß einer a.o. Mitgliederversammlung ihre Mitarbeit in der GLH auf. Noch am selben Vormittag hatten GLW und GLU eine gemeinsame Pressekonferenz abgehalten. Die GLW lehnte das Ultimatum zwar ab; andererseits war Cohn-Bendit bereit, auf seine Kandidatur zu verzichten, wenn die nächste Vertreterversammlung der GLH in demokratischer Diskussion zu diesem Ergebnis komme. Er wolle nicht die totale Aufmerksamkeit der Medien auf seine Person lenken, wenn darüber die Inhalte der GLH in den Hintergrund gerieten. Von der Programmkommission der GLH wurde zudem überein-

merksamkeit der Medien auf seine Person lenken, wenn darüber die Inhalte der GLH in den Hintergrund gerieten. Von der Programmkommission der GLH wurde zudem überein-

stimmend von GLW- und GLU-Vertretern bekundet, daß es bei der Erarbeitung der gemeinsamen Wahlplattform nicht zu wesentlichen Differenzen gekommen war (bis zu diesem Zeitpunkt war allerdings erst der Ökologieteil bearbeitet worden). Wie in der „FAZ" (2.8.) richtig berichtet, betonten die Vertreter der GLU Hessen daraufhin ihren Willen zur Aufrechterhaltung des Bündnisses — vorbehaltlich der Entscheidung ihrer Mitgliederversammlung, die am selben Abend gemeinsam mit Schirr und Otto von der GLU Niedersachsen stattfinden sollte. Das Klima auf der Pressekonferenz änderte sich jedoch spürbar, als Schirr erschien und für die Niedersachsen erklärte, die Stellungnahme der GLW sei unzureichend, Cohn-Bendits Rücktritt vage und die Wahlplattform schließlich noch nicht fertiggestellt.

Zudem verlangten die Niedersachsen eine *„klare Abgrenzung von den K-Gruppen"*. Damit war die Spaltung angekündigt, die von Otto und Schirr dann auf der Mitgliederversammlung durchgesetzt wurde.

Für eine ganze Reihe von GLWlern kam dieser Schritt überraschend, hatte man doch stets Beddermann und dessen Strohmann Faust für die Spalterpolitik der GLU verantwortlich gemacht. Nachdem an dessen Stelle jedoch eine spezielle Hessen-Kommission der GLU Niedersachsen eingesetzt worden war, und bald darauf sowohl Faust als auch Beddermann selbst von ihren Funktionen zurücktraten, gaben sich viele GLWler der voreiligen Hoffnung hin, nun stünde einer Einigung im Grunde nichts mehr im Wege. Dies beruhte auf einer gründlichen Fehleinschätzung der sog. „Mittelkräfte" in Niedersachsen. Während man vom KB, der für die Veröffentlichung der Hamburger Bunten Liste „GLU — Feigenblatt oder Alternative?" verantwortlich gemacht wurde, Widerstände gegen eine Einigung mit der GLU Hessen befürchtete, trat man der Hessen-Kommission der Niedersachsen mit großer Leichtgläubigkeit gegenüber. Tatsächlich war es den „Mittelkräften", die sich gegenüber Beddermann wesentlich an der Hessen-Frage profilierten und mit ihren scheinbar ehrlichen Einigungsbemühungen sich als Nachfolger im niedersächsischen Vorstand anboten, zu keinem Zeitpunkt um eine demokratische Zusammenarbeit zwischen GLW und GLU Hessen gegangen.

Der bis zum Erbrechen liberal auftretende Lippelt beispielsweise hatte nichtsdestoweniger schon bei seinem ersten Auftritt in Offenbach auf einen Unvereinbarkeitsbeschluß gedrungen.

Inzwischen hat Lippelt auch offen erklärt, daß es ihnen nur um eine andere Taktik als Beddermann in Hessen ging. Seinerzeit erschien ihnen die GLU noch zu schwach, um eine offene Spaltung riskieren zu können. Nun haben Mitglieder des neuen niedersächsischen GLU-Vorstands in bester Tradition von Beddermann diesen Kurs der Spaltung persönlich durchgesetzt, indem sie sich als „Bundesvorstand" aufspielten. Die GLU Hessen strebt nun erneut eine eigene Kandidatur zu den Landtagswahlen an. Ob sie das mit ihren derzeit 80 Mitgliedern überhaupt schafft, ist mehr als fraglich (nach hessischem Wahlgesetz muß man in jedem Wahlkreis einen Direktkandidaten aufstellen, damit die Stimmen für die Landesliste gerechnet werden).

So bleibt denn als Endstation auf diesem Weg konsequenterweise nur die GAZ, von der sich die GLU heute noch abgrenzt. Der hessische GLU-Vorsitzende Truss schlug gegenüber der „FR" (26.7.) jedoch bereits deutliche Töne an: *„Die GLU werde aber nicht mit der Gruhl-Partei ‚Grüne Aktion Zukunft' verhandeln, ehe die Schwierigkeiten in den eigenen Reihen bereinigt sind."* Da Truss nach Alsfeld alles mit seinem „Bundesvorstand" abspricht („die sollen die Suppe mit uns zusammen auslöffeln") ist der Fall eigentlich klar.

Zwischenbilanz

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Behauptung, der KB habe frühzeitig eine Einigung mit der GLU Hessen torpediert, eine Lüge ist. Allerdings haben wir an die GLU bestimmte inhaltliche Bedingungen gestellt — ebenso wie die Mehrheit der GLW. Wischi-waschi-Fromulierungen in der Abgrenzungsfrage, die nachher als Antikommunismus-Beschluß uminterpretiert werden, kamen für uns nicht in Frage. Auch ein abgeschwächter UVB für Nominierungen auf der Landesliste ist im Grunde unmöglich. Ebenso bestanden wir mit vielen anderen auf den radikaldemokratischen Elementen in der GLH-Plattform. Auch hier sind die entsprechenden Passagen im GLU-Programm, wo das Wort Berufsverbote vorsichtigerweise nicht einmal ausgesprochen wird, inakzeptabel.

Nach Alsfeld besaß denn auch gerade die bürgerliche Presse die Unverschämtheit, mit wohlwollenden Ratschlägen an die Grünen heranzutreten. Die Linken hätten überzogen, die GLU sei überrannt worden, die Radikalen hätten jegliches „Gespür" für Bündnisfähigkeit verloren usw.

Natürlich kann man fragen, ob die Nominierung Cohn-Bendits auf der Landesliste „klug" war. Die Diskussion um C-B's Person berührt das Problem jedoch nur an der Oberfläche. Tatsächlich war die GLU n i c h t bereit, ein Bündnis ohne irgendwie gearteten Abgrenzungsbeschluß einzugehen. Und das Beispiel Niedersachsen zeigt, wie schnell sich eine GLU, die von ihrem Auftreten und ihren Inhalten her vor den Wahlen immerhin „ein bißchen alternativ" war, zu einer undemokratischen Partei entwickelt.

Deshalb kann man den Bremer, Westberliner und den anderen alternativen Wahllisten eigentlich nur raten, in d i e s e r Frage kompromißlos zu bleiben.

Zweifellos gibt es jetzt innerhalb der GLW, die sich nach wie vor an die Alsfelder Beschlüsse gebunden fühlt und auf dieser Basis als GLH weiterarbeiten wird, resignative Tendenzen. Dazu hat besonders auch die Pressehetze beigetragen. Andererseits offenbaren die Angriffe der sozialdemokratischen Hofberichterstatter in der „FR" und anderswo auch die C h a n c e der GLH. Sie werde nun nicht mehr von Enttäuschten aller Parteien gewählt werden, „höchstens" noch für solche am linken Rand der SPD. Dies ist aber das entscheidende Protestpotential in Hessen, während die Abwanderungen von der FDP der CDU zugute kommen werden, wie überhaupt im rechten Lager eine hohe Mobilisierung zugunsten der CDU erfolgen dürfte, um „endlich den Machtwechsel in Hessen" herbeizuführen. Sollen doch Todesstrafen-Befürworter und Maßhalte-Politiker mit Dregger konkurrieren, was ihnen nicht gerade leicht fallen wird. Für die GLH kommt es dagegen darauf an, sich endlich vom grünen Poker loszureißen und sich voll auf die Basisarbeit als der eigentlichen Stärke der Alternativbewegung zu konzentrieren. Man wird sehen, wie lange die SPD dann ihre gespielte Selbstsicherheit behält.

KB / Gruppe Frankfurt

Presseerklärung der Grünen Liste - Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW), Region Mitte

Presseerklärung der Grünen Liste - Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW), Region Mitte

Die Grüne Liste - Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW) Mittelhessen verurteilt die Gründung eines Landesverbandes Hessen der "Grünen Aktion Zukunft" (GAZ) am 22. Juli 78 in Marburg. Die GAZ hat sich ohne Diskussion mit den Bürger- und Basisinitiativen als Bundespartei von oben und hinter verschlossenen Türen gegründet.

Dieses undemokratische Vorgehen lehnen wir ab. Wir meinen, daß die einzige Möglichkeit, wirklich alternative Listen zu bilden, nur darin bestehen kann, von unten her, d.h. in enger Diskussion mit den Bürger- und Basisinitiativen solche Listen zu bilden.

Eine weitere Partei, die sich wie die etablierten Parteien über die demokratische Meinungsbildung an der Basis hinwegsetzt, brauchen wir nicht.

Die Gründung der GAZ am 22.7. in Marburg - während zur gleichen Zeit in Alsfeld eine Einigung zwischen GLW und GLU angestrebt und in der GLH erreicht wurde - halten wir für einen Versuch, die grüne Bewegung in Hessen zu spalten.

Das "Grüne Manifest" der GAZ steht darüberhinaus im Widerspruch zu den Forderungen, die von der Bürgerinitiativ- und der gesamten Alternativbewegung erhoben werden: An keiner Stelle werden die Hauptverursacher von Umweltzerstörung und Rohstoffvergeudung - die Industriekonzerne - klar benannt; nirgends wird ein Stop des Baus, bzw. die Stillegung der vorhandenen menschen- und umweltgefährdenden Atomkraftwerke gefordert.

Die Forderungen der demokratischen Bewegung bleiben gänzlich unberücksichtigt, die Emanzipationsbestrebungen der Frauen sollen durch das Propagieren von Heim und Herd ("den Müttern als den wichtigsten Stand des Volkes") verhindert werden.

Von daher halten wir es auch nicht für verwunderlich, wenn in der GAZ, bzw. in ihrem Umfeld Leute auftauchen, die reaktionäres Gedankengut vertreten:

- **So Christa Mewes, deren Ideologie zur Rolle der Frau und zur Kindererziehung in neonazistischen Zeitungen („Mut", „Nationales Europa", „Deutsche Wochenzeitung") häufig angeführt wird, und die von der GAZ mit der Formulierung der entsprechenden Programmpunkte beauftragt wurde;**
- So Ludwig Stenuf in Bayern, GAZ-Mitglied und Mitbegründer der rechtsradikalen "Aktion neues nationales Europa", um nur zwei Personen zu nennen.

Während die GLW sich gegen jede Verfassungsschutzschnüffelei wendet, und bei ihr alle - unabhängig von ihrer Weltanschauung - mitarbeiten können, die sich konsequent für Umweltschutz und Demokratie einsetzen, praktiziert die GAZ einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen Radikaldemokraten und Linke und spekuliert auf die Mithilfe des Verfassungsschutzes bei der "Reinhaltung" ihrer Partei ("auf einer gemeinsamen Kandidatenliste" habe "kein Bewerber eine Chance ..., der vor dem Verfassungsschutz nicht bestehen könne"; FAZ vom 25.7.).

Wir fordern die Herstellung der Öffentlichkeit auf dem GAZ Landesparteitag am 29./30.7. in Marburg.

Gießen, den 28. Juli 1978 Regionalversammlung Mitte der GLW

Vereinheitlichung nach zähen Auseinandersetzungen

Als unabdingbare Grundlage der Zusammenarbeit in der Grünen Liste Hessen (GLH) auf der Deligiertenversammlung in Alsfeld (22./23.7.) wurden eine Reihe sog. »Essentials« verabschiedet. Im Grunde sind sie jedoch lediglich die Positionen der GLW (von dieser wurden sie auch erarbeitet); die Zustimmung der GLU in Alsfeld war lediglich verbal und taktischer Natur.

Auseinandersetzungen hatte es innerhalb der GLW um eine ganze Reihe von Punkten gegeben. So stieß z.B. die sich selbst als „radikalökologisch" definierende Position der Spontis und der AUD (Kurzform: „*Ökologie vor Okonomie*") auf Widerspruch bei KB- und „KPD"-Mitgliedern. Darunter verstanden die Spontis, daß unabhängig von gesellschaftlichen und historischen Gegebenheiten „der Mensch" ein anderes Verhältnis zur Natur gewinnen müsse. Den „K-Gruppen" wurde pauschal unterstellt, daß für sie die Ökologie aufhöre, wenn der Sozialismus beginnt. Marx habe die Ökologie-Problematik nicht gesehen, und außerdem habe es Umweltzerstörung schon lange vor dem Kapitalismus gegeben. Deshalb sei der Marxismus „überholt" und mit seinem „Dogma von der Produktivitätssteigerung" ohnehin „ökologiefeindlich".

Untersucht man die Sache ernsthaft, stellt sich schnell heraus, daß Umweltzerstörungen keineswegs mit irgendeinem allgemeinen Verhältnis der Menschheit zur Natur, sondern immer mit ganz konkreten gesellschaftlichen, d.h. K l a s s e n verhältnissen zu tun hatten, ob man das nun am Beispiel der alten Griechen (die die Wälder abholzten, um damit K r i e g s schiffe zu bauen) oder der weißen Kolonialisten in Amerika (die den Tierbestand vernichteten, um den Indianern die Lebensgrundlage zu entziehen) oder an anderen Beispielen Diskutiert. D.h. daß man auch in der Ökologiefrage nur mit einem marxistischen, also klassenspezifischen Ansatz weiterkommt. Umweltschutz und Ökonomie sind nicht „an sich" Widersprüche. Oder ist es vielleicht ein Zufall, daß sich die Gruhl'sche Ökologie prima mit einer ganzen Reihe von Forderungen der Großindustrie deckt?!

Diese Auseinandersetzung in der GLW konnte nur in Ansätzen geführt werden. In Alsfeld jedenfalls fand der „ökologische" Standpunkt eine Mehrheit.

Punkt 2 der „Grundsätze" enthält im Wesentlichen eine Zusammenfassung der Positionen der Unterstützungsbewegung für das Russell-Tribunal und wurde von Alexander Schubart als Vertreter der Frankfurter Russell-Initiative eingebracht. Widerspruch dazu regte sich in Alsfeld aus den Reihen der GLW Südhessen. Die Südhessen betonten zwar, mit jedem einzelnen Punkt einverstanden zu sein, hatten aber Bedenken, ob die GLU da mitziehen würde. Die anderen GLW-Gruppen setzten sich jedoch mit großem Nachdruck dafür ein, daß diese Positionen unverzichtbar für ein Zusammengehen mit der GLU sind.

Andererseits. hatte die „KPD" in den vorbereitenden Frankfurter Diskussionen große Magenschmerzen mit der Formulierung, die eine strikte Ablehnung der Todesstrafe überall in der Welt beinhaltet (China!).

Auch die Formulierungen im Passus „Frauen" kamen erst nach mühsamen Auseinandersetzungen zustande. Grund war hier die unterschiedliche Interpretation des Begriffs „Autonomie der Frauenbewegung". Kein Problem dagegen war die Abgrenzung von der neuen Heim- und Herdideologie, wie sie von der GAZ vertreten wird. Dagegen kam es zu heftigen Diskussionen über die Forderung der Mehrheit der Frauen-Delegierten in Alsfeld, daß die Hälfte der Listenplätze von Frauen eingenommen werden müsse. Aufgrund dieser Differenz wurde diese Forderung dann abgeschwächt (Schluß von Abschnitt 3) übernommen. Die Wahl der Kandidaten ergab später neun Frauen unter insgesamt 22 aufgestellten Kandidaten (auf den ersten zehn Plätzen sind fünf Frauen).

Einen Clinch lieferten sich Spontis und „KPD" in der Frage der sozialen Forderungen. Die „KPD" bestand darauf, die Forderung nach der 35-Stundenwoche in die Essentials aufzunehmen. Dahinter vermuteten die Spontis argwöhnisch einen „Zwang zur Arbeit" (nämlich 35 Stunden in der Woche) und forderten deshalb das „Recht auf Müßiggang" (wörtlich: „*Angesichts der herrschenden Arbeitsbedingungen ist Verweigerung berechtigt. Alle Menschen haben das Recht, mit oder ohne Arbeit einen Existenzlohn zu erhalten. Arbeit darf nicht unseren Alltag so beherrschen, daß Müßiggang, Spiel, Liebe und Träumen unmöglich werden*", also eine Formulierung, der man durchaus zustimmen konnte).

Beide Positionen wurden schließlich nicht als unverzichtbar angesehen und aus der Essentials-Diskussion verbannt. Wichtiger war es u.E., eine Abgrenzung gegen die Ideologie des „Gürtel enger schnallen" (GAZ) durchzubringen, was auch gelang — allerdings nur mit knapper Mehrheit.

Wenig Widerspruch innerhalb der GLW gab es zu Punkt 5: „Selbstverständnis und Parlamentarismuseinschätzung". Wie die Erfahrung zeigt, bedeutet dies jedoch nicht unbedingt, daß sich alle GLW-„Funktionäre" in der Praxis konsequent an die guten Grundsätze halten (Öffentlichkeit aller Gremien und Verhandlungen, keine Mauscheleien, imperatives Mandat). Umso deutlicher war der Einspruch der GLU gegen den Passus, der eine strikte Ablehnung jeder Unvereinbarkeitspolitik gegen links beinhaltet. Dies war auch die e i n z i g e Stelle, gegen die die GLU offen Widerspruch äußerte. Denn in dem GLW-

Text war ursprünglich der Satz enthalten, daß „*Bürgerliche, Sozialisten, Kommunisten, Spontis und Anarchisten*" gleichermaßen in der Grünen Liste mitarbeiten könnten. Der von Cohn-Bendit vorgeschlagenen Kompromiß-Formulierung („*Es gibt keinerlei Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GLH ...*") stimmte die GLU dann zu — wie sich zeigte, jedoch nur für kurze Zeit.

Nach wie vor ist also die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse die Scheidelinie zwischen wirklichen demokratischen alternativen Listen und denen, denen es mehr oder weniger um den Aufbau einer neuen bürgerlichen Partei geht.

Trotz des Auszugs der GLU aus dem Bündnis bleiben die in Alsfeld verabschiedeten Essentials Grundlage der GLH und bilden damit neben der Plattform der Bunten Liste Hamburg einen Markierungspunkt im Diskussionsprozeß um den Aufbau alternativer Listen.

Biblis Großaktion:

Rundschreiben an die hessischen Anti-AKW-BIs

An alle AKW-Gegner! Frankfurt, 1.8.78

Liebe Freunde,

Hiermit möchten wir Euch den Vorschlag machen, am Sonntag, den 1. Oktober 1978, in Biblis eine Großdemonstration gegen Atomkraftwerke durchzuführen. Ziel dieser Aktion soll es sein, den Protest gegen Atomanlagen so massiv wie möglich in den hessischen Landtagswahlkampf einzubringen (der Wahltag ist eine Woche später — am 8.10.). Wie ihr wißt, hat Holger Börner (SPD), der derzeitige Ministerpräsident, zum Auftakt des Wahlkampfes überraschen geäußert, daß „seiner Meinung nach" eine Erweiterung des AKW-Biblis um einen weiteren Block (C) „überflüssig" sei. Diese Äußerung hat viel Aufsehen erregt und erweckt den trügerischen Anschein, Block C sei damit „erledigt". DIES IST JEDOCH KEINESWEGS DER FALL! Denn:

— Börners Meinung ist für den Verlauf des Genehmigungsverfahrens, das übrigens erst n a c h den Landtagswahlen abgeschlossen werden soll, völlig u n m a ß g e b l i c h.

— Börner, der sich nach wie vor zur Atomenergie bekennt, hat selbst zu verstehen gegeben, daß möglicherweise an Stelle einer Erweiterung von Biblis „das energiewirtschaftliche benachteiligte Nordhessen" mit einem AKW (Borken) beglückt werden soll.

Wir sind nicht gewillt, uns nach dieser wohlbekannten Wahlkampf-Taktik verschaukeln zu lassen! Wir wollen einen endgültigen und ersatzlosen Verzicht auf Biblis C und jedes weitere AKW in Hessen. Dies muß von der hessischen Landesregierung v o r dem 8. Oktober erklärt werden.

Darüber hinaus fordern wir die sofortige Stillegung aller Atomanlagen in Hessen und anderswo, da sich nur so der Weg in die Katastrophe stoppen läßt (Weiteres zu Biblis siehe Anhang).

Wir sind sicher, daß es mit dieser Aktion gelingen wird, die ganze AKW-Problematik sehr stark in die öffentliche Diskussion einzubringen. Dafür sorgen schon die Wahlkampfsituation und die bei den etablierten Parteien vorhandene „Angst vor den Grünen". Bekanntlich wird der Hessen-Wahl bundesweit eine ganz besonders hohe Bedeutung zuerkannt. Um diesen Umstand voll auszunutzen, sollten wir jedoch vorbereitend im September überall in Hessen — und ganz besonders in Orten, wo Atomanlagen bereits in Betrieb oder geplant sind — dezentrale Aktivitäten durchführen um eine breitestmögliche Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu erreichen.

Für uns ist es klar, daß in Anbetracht der gesamten Situation die Form dieser Großaktion nur friedlich sein kann. D.h., daß wir erklären, , daß von uns keine Konfrontation mit der Polizei ausgehen wird, und daß wir auch keinen Versuch einer Platzbesetzung o.ä. in Biblis unternehmen werden. Dies sollte für alle gelten, unabhängig von sicher unterschiedlichen grundsätzlichen Positionen zum Recht auf Widerstand. Ebenso bestimmt verlangen wir aber auch, daß wir ungehindert von der Polizei unsere friedliche Demonstration durchführen können, und wenden uns gegen jede Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Für die konkrete Durchführung der Aktion stellen wir folgendes zur Diskussion:

1) Dezentrale Anreise, wobei möglichst viele auf das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel zurückgreifen sollten (Vielleicht ist es zu schaffen, einen Sonderzug von Kassel über Marburg, Gießen, Frankfurt nach Darmstadt zu organisieren, um Fahrräder mit Gefährt zu transportieren). Leute, die die Möglichkeit haben, an Boote ranzukommen. könnten auch auf dem Wasserweg anreisen. Auf diese Weise läßt
transportieren). Leute, die die Möglichkeit haben, an Boote ranzukommen, könnten auch auf dem Wasserweg anreisen. Auf diese Weise läßt
sich auch die Anreise am besten mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten verbinden.

2) Als Kundgebungsort sollten wieder (wie Ostern '77) die Rheinwiesen direkt vor dem AKW-Gelände beantragt werden. Die beste Anmarschroute (kein Überqueren von Feldern usw.) dorthin wäre dann von Großrohrheim aus.

3) Die Kundgebung könnte am frühen Sonntagnachmittag beginnen und aus einem bunten Programm bestehen (grüner Jahrmarkt, Musik- und Theatergruppen, Angeln im Rhein, Untersuchung der Umweltschädigung im Ried usw.).

Obwohl die GLH Frankfurt diese Aktion (mit-) initiiert hat, soll die Demonstration gleichberechtigt von allen Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden und demokratischen Organisationen, die sich gegen das Atomprogramm einsetzen, getragen werden. Sinn der Veranstaltung ist es, auszudrücken, wie breit der Widerstand gegen Atomkraftwerke ist.

Obwohl wir meinen, daß der Schwerpunkt der Mobilisierung in Hessen liegen soll, um in der Wahlkampf-Situation Druck auf die Parteien auszuüben, würden wir uns natürlich über solidarische Unterstützung anderer BI's freuen. Ob die Aktion am 1. Oktober einen bundesweiten Charakter erhält, muß noch diskutiert werden.

Deshalb laden wir Euch zu einem Treffen am 26. August ein (Ort, Zeit wird noch festgelegt; möglichst in Darmstadt). Bitte schickt pro Gruppe zwei bis drei Delegierte und meldet Euch möglichst rechtzeitig bei u.a. Kontaktadressen an.

Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, Frankfurt
Grüne Liste Hessen — Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie, Frankfurt

Weiteres zu Biblis

Allein 150 Unfälle in den westdeutschen AKW's seit Anfang der 70er Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Dabei gehört BIBLIS Block A mit zu den anfälligsten Reaktoren. Risse in der Reaktorkuppel, abgerissene Schrauben im Reaktordruckbehälter, undichte Schweißnähte im Speisewasserbehälter für das Kühlsystem — um nur einige der zuletzt in Biblis festgestellten Schäden zu nennen — das sind z.T. ähnliche „Störungen", wie sie in anderen AKW's schon zum Austritt großer Mengen von Radioaktivität und zu Beinahe-Katastrophen geführt haben.

Darüberhinaus basiert die Betriebsgenehmigung für Biblis überhaupt auf der Grundlage einer völlig ungeklärten „Entsorgung". So werden die Verträge mit der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague, die in Wirklichkeit die hochradioaktiven abgebrannten Brennstäbe aus Biblis gar nicht bearbeiten kann, nach wie vor geheimgehalten. In Biblis selbst sind dagegen am Abklingbecken von Block A Vorkehrungen geschaffen worden, um die Lagerung von Brennstäben über das zulässige Maß hinaus vornehmen zu können. Ein öffentliches Genehmigungsverfahren hierfür war ursprünglich gar nicht erst vorgesehen, denn die RWE und das hessische Wirtschaftsministerium stehen unter dem Druck der von ihnen geschaffenen Tatsachen:

Im Herbst bereits ist das Abklingbecken von Block A nach den bisherigen Richtwerten voll ausgefüllt. Ein Zwischenlager in Borken bei Kassel ist geplant, ohne das klar wäre, was mit dem dort „zwischen" (?) gelagerten Atommüll endgültig passieren soll. Auf diese Weise schafft sich die Atomindustrie „Argumente" für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Nur die sofortige Stillegung aller Atomanlagen kann daher verhindern, daß wir immer mehr und unwiderruflich in diesen Teufelskreis hineingeraten.

So sehen's die andern

SPD

Die SPD erkannte in der GLH „einen erneuten, jetzt schon zum Scheitern verurteilten Versuch, eine Partei links von der SPD zu etablieren". Da die GLH „keinerlei Erfolgschancen bei den Landtagswahlen habe, bemühte, der südhessische SPD-Vorsitzende Rudi Arndt wieder mal das „Argument", Stimmen für die Grünen seien Stimmen für die CDU. Arndt muß wissen, was der CDU nutzt, denn er brachte immerhin mit seiner Politik als Frankfurter Bürgermeister einen CDU-Nachfolger zuwege.

Heidemarie Wieczorek-Zeul zeigte sich schlecht informiert und meinte, in der SPD sei man besser aufgehoben als „in einem Bündnis von Gruhl (?) bis zum Kommunistischen Bund" („FR", 26.7.).

FDP

Die FDP bezeichnete die Nominierung Cohn-Bendits als „Unverforenheit" gegenüber allen Umweltschützern, als deren Fürsprecher sie sich ja versteht.

CSU

Die CSU, die zwar in Hessen noch keine eigene Liste aufgestellt hat, bezeichnete die GLH als „politischen Selbstbedienungsladen mit ökologischem Anstrich". „Mit der Wahl des Alt-Revolutionärs Daniel Cohn-Bendit, der einen unverkennbaren Hang zum Polit-Clown hat, auf Platz 7 der Landesliste, degradierten sich die ‚Grünen' zum Faschingsverein" (Pressemitteilung der CSU, zit. nach „ID").

BUND

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz verhält sich weiter neutral, wenn sich auch „Grün" (Zeitung des hess. BUND)-Redakteur von Nußbaum mitunter gern am GLH-GLW-GLU-GAZ-Poker beteiligt. In Nr. 2 der „Grün" wird Gruhls Parteigründung „bei aller Hochachtung vor seiner Person" (?) kritisiert. Die GAZ sei nicht aus Bürgerinitiativen und Verbänden hervorgegangen, „sondern aus einer ‚Ordre du Mufti', einer Anordnung von oben". Nußbaum schwört auf Doppelstrategie: Die grüne Wahlbeteiligung sei nur sinnvoll, um den Umweltschützern in den etablierten Parteien den Rücken zu stärken, mehr nicht. CDU, SPD und FDP sollen auf diese Weise sehen, „daß es jetzt ernst wird". Mißtrauen wird aber auch gegenüber den verschiedenen grünen Listen und ihrer Zersplitterung angemeldet, ohne besondere Sympathien für eine davon erkennen zu lassen.

KBW

Es bleibt beim Aufhängen. Denn Cohn-Bendit hat sich ja mit seiner Forderung nach Müßiggang und Arbeitsverweigerung ganz klar gegen die Fischmehlfabrik entschieden. Selber schuld! „Wir haben Cohn-Bendit schon einmal gesagt, daß solche Leute wie er im Sozialismus in die Fischfabrik kommen oder aufgehängt werden. Man muß die Arbeit schon als etwas Grausames empfinden, wenn man das Aufhängen vorzieht" („KVZ", 24.7.).

DKP

Die DKP hat der GLH originellerweise Technikfeindlichkeit vorgeworfen und sie als „reaktionär" bezeichnet. Ansonsten hört man von dieser Partei praktisch nichts.

GIM

An der GLH „kann keine politische Kraft mehr vorbeigehen", schreibt die „was tun" (Nr. 220/221), und meint damit offensichtlich die GIM, die sich mittlerweile für eine Unterstützung der GLH erwärmt hat. Der Vorstellung der GIM, eine nicht näher definierte „sozialistische Perspektive" in den Alternativlisten zu verankern, kommen die hessischen Grünen offenbar näher als die Hamburger Bunten, die ja seinerzeit noch angegiftet worden waren. Wie das wohl angeht, wo doch das Programm der Bunten mühelos als „viel antikapitalistischer" als das der GLH identifiziert werden kann, ist wieder mal so eine typische trotzkistische Kuriosität.

SB

Wird nun auch noch die politische Landschaft der Linken durcheinandergewirbelt? Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros lehnt die Wahlbeteiligung der Linken als Stellvertreterpolitik ab, während die Spontis (Pflasterstrand) sie vehement befürworten.

Die Stellungnahme des Arbeitsausschusses erfolgte als Reaktion auf Entscheidungen der hessischen und Westberliner SB-Gruppen, die GLH bzw. den Bunte Liste-Ansatz in West-Berlin zu unterstützen. Wortreich wird auf das „*basisorientierte Politikverständnis*" des SB verwiesen und davor gewarnt, sich auf's Parlament zu „*fixieren*", ohne daß die Bewegung stark genug sei, ihre Vertreter zu kontrollieren (Informationsrundbrief des Sozialistischen Büros, 23. Juli 78). „Der Marsch durch die Institutionen" könne sich schnell zum „*Marsch der Institutionen durch uns*" verkehren, meinen die SB-„Köpfe". „Na, gerade die „ ...kann man da nur mit Biermann sagen.

Da war doch Andreas Buros Auftreten in den entscheidenden Diskussionen im Frankfurter SB wesentlich ehrlicher gewesen, als er dafür plädierte, FDP zu wählen, um die sozialliberale Koalition zu retten. Die Bauchlandung dieser Position scheint den AA zu einer feinfühligeren Taktik motiviert zu haben: Mit dem Vehikel des Anti-Parlamentarismus wird gegen die GLH polemisiert, andererseits jedoch keine Wahlempfehlung ausgesprochen. Da das Offenbacher Büro und sein am Rande der SPD diffundierendes Umfeld keine Unbekannten sind, läßt sich unschwer eine antiparlamentarisch, basisorientierte Börner-Wahl erahnen.

GLU will sich mit Gruhl vereinigen

Beim Landesdelegiertentreffen der GLU Niedersachsen am 22./23.7. in Liebenau war die alte Führungsgruppe um Beddermann vom Vorstand zurückgetreten und durch sogenannte „Mittelkräfte" ersetzt worden, die durch ihre Kritik am bisherigen Beddermann-Kurs bekannt geworden waren. Beddermann hatte in Hamburg die Spaltung der alternativen Wahllisten betrieben (Gründung der GLU Hamburg gegen die Bunte Liste) und dasselbe in Hessen eingeleitet. Die neuen Vorstandsmitglieder der GLU Niedersachsen wie Otto, Schirr, Mombaur und Lippelt waren bisher für eine einheitliche Kandidatur in Hessen aufgetreten. Bisher hatten sie auch Beddermanns Vorstellungen kritisiert, daß in einer grünen Partei radikaldemokratische Vorstellungen (wie in den Bürgerinitiativen) keinen Platz hätten und man stattdessen eine Machtstruktur wie in den etablierten Parteien brauche. Die Beddermann-Anhänger waren in Liebenau offen für einen Anschluß an Gruhls GAZ eingetreten und hatten die GLU Niedersachsen wegen ihrer „Linkslastigkeit" (!) als „Sauhaufen" bezeichnet (Wir berichteten im letzten AK vom Landesdelegierten-Treffen der GLU Niedersachsen). Kaum war jedoch der neue Vorstand eine Woche im Amt, da hatte er es bereits geschafft, den bisherigen Kurs Beddermanns rechts zu überholen und machtpolitische Manöver durchzuziehen, von denen Beddermann nur träumen konnte. Mit rasantem Tempo steuert der neue Vorstand in die Arme von Gruhls GAZ, nach ihren Vorstellungen nur noch eine Angelegenheit von wenigen Wochen.

Der neue Vorstand auf KB-Hatz

Gegen die Beddermann-Crew mußte sich der neue Erste Vorsitzende noch gegen den Vorwurf des Marxismus (!) verteidigen. Mombauers GLU-Kreisverband wurde im Wahlkampf von der CDU verdächtigt, Terrorismus zu begünstigen.

Auf dem Delegiertentreffen der GLU Niedersachsen in Liebenau setzten sich die „Mittelkräfte" zwar dafür ein, keinen offenen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB in der Satzung zu verankern, wie es die Beddermann-Leute gefordert hatten. (Allerdings galt die KB-Mitgliedschaft trotzdem als unvereinbar mit der GLU, weil der KB eine „parteiähnliche Gruppierung" sei).

Doch unmittelbar nach dem Parteitag ließ der neue 1. Vorsitzende Otto im Alleingang folgende Presseerklärung verbreiten:

„Kein Platz für Kommunisten in der GLU

Die Delegierten der GLU beschlossen am Ende ihres Parteitages am 22./23. Juli in Liebenau an der Weser eine politische Zielerklärung als Grundlage für das zu erarbeitende Bundesprogramm. Darin grenzt sich die GLU inhaltlich von allen nationalistischen und kommunistischen Vorstellungen ab. Die GLU will ein ökologisch-ökonomisches Bundesprogramm als dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus erarbeiten.

GLU-Vorsitzender Georg Otto stellte fest, daß mit dieser Zielerklärung jeder Kreisverband das Eindringen von Kommunisten in die GLU verhindern kann. Es stehe jetzt fest, daß kommunistische Ziele nicht mit den Vorstellungen der GLU vereinbar sind. An Stelle des bisher nur formalistisch geführten Abgrenzungsstreits über in der GLU nicht vorhandene Kommunisten ist damit eine inhaltliche Aussage getreten, die klare Verhältnisse schafft." –

Danach wurde zum Ausschluß Verdächtiger getrommelt, Mombaur forderte den Göttinger Kreisvorstand auf, die vermuteten KB'ler rauszuschmeißen und den Vollzug zu melden. Prompt wurden dort gleich drei verdächtigt. In Wolfsburg ist ein Ausschluß bereits erfolgt. In Lüneburg wurde KB-Mitgliedern eine Vier-Wochen-Frist gegeben, aus dem KB auszutreten oder sonst aus der GLU rausgeschmissen zu werden. Dagegen fiel es diesen GLU-lern äußerst schwer, dem Antrag eines GLU-Mitgliedes zu folgen, zwei anwesende Faschisten von der Sitzung auszuschließen.

Otto hatte ja in seiner Presseerklärung behauptet, nun würden die Ausschlüsse nicht formalistisch, sondern auf der Grundlage eines Programms des „3. Weges" vollzogen. Mombaur verbreitet, der KB solle erst einmal seine Vorstellungen zur Ökologie umfassend darlegen, sonst müßten alle KB-Verdächtigen rausfliegen.

Bisher hat sich der Vorstand allerdings gehütet zu erläutern, was mit dem „3. Weg" gemeint ist, sonst müßte nämlich ein Großteil der GLU-Mitglieder rausgeschmissen werden – z.B. alle Linksliberalen.

Nicht nur KB'ler, sondern auch sehr viele andere GLU-Mitglieder haben im Grunde mit der Theorie des „3. Weges" überhaupt nichts im Sinn. Das ist auch der Grund, warum der Vorstand der GLU Niedersachsen so einen Eiertanz um diese Fragen entfacht. Die Positionen des KB in Fragen Umweltschutz werden überhaupt nicht inhaltlich angegriffen, da vertraut man lieber auf Horrorgeschichten über die Unterwanderungstätigkeit des KB. Hinter den ganzen Majorisierungsvorwürfen steckt auch hauptsächlich die Erfahrung, daß der KB vielfach in Initiativen etc. Anklang gefunden hat und für „3.Weg"-Anhänger in der GLU das natürlich ein Ärgernis ist. Es ist bezeichnend, daß die GLU Niedersachsen inzwischen (einschließlich Abgrenzungsbeschlüsse) auf das Grundsatzprogramm des „3. Wegs" festgelegt worden ist, ohne daß der Großteil der Mitglieder überhaupt darüber informiert worden wäre, was das überhaupt sein soll.

Die GLU wird Gruhl-reif gemacht

In dem Rundschreiben von Otto an die Mitglieder der GLU vom 24.7. wird auch mitgeteilt, daß man den nationalen Zusammenschluß der GLU-Verbände in nächster Zeit anpeilt.

Am 27.8. soll in Dortmund ein Bundesausschuß der GLU gebildet werden. Mit NRW hat man das ebenso wie mit Schleswig-Holstein schon vereinbart.

Ebenso wurden Fühler zur Hamburger GLU ausgestreckt.

Schirr (WSL) vom Vorstand der GLU Niedersachsen soll mit Gruhl schon im Kontakt stehen.

Inzwischen wurde überraschend mitgeteilt, daß Gruhl bei der Tagung des neuen Bundesausschusses (27.8. in Dortmund) „eventuell" dabei ist, als ein „erstes" (??) Zusammentreffen. Lippelt (Vorstandsmitglied der GLU Niedersachsen) hat bereits offen bekannt, daß für die GLU-Kandidatur in Hessen eine Zusammenarbeit mit Gruhl nützlich (gewesen) wäre.

Mit dieser Entwicklung steuert die GLU Niedersachsen mit Riesenschritten auf eine Partei zu, die für alle Kräfte links von der SPD nicht mehr unterstützenswert wäre.

Insofern ist es kaum noch überraschend, daß es gerade der neue niedersächsische GLU-Vorstand gewesen ist, der an die hessische GLU die Forderung herantrug, das Bündnis mit der GLW platzen zu lassen. Wenn Cohn-Bendit und eine „KPD"-Sympathisantin (?) die Liste nicht verlassen würden, würde man der GLH per Gericht den Namen verbieten lassen!

Demgegenüber hatte seinerzeit Beddermann noch vergleichsweise „ehrlich" gearbeitet: Er ist immer offen für die Spaltung, ein Bündnis mit Gruhl und eine Partei nach Muster der bürgerlichen Parteien eingetreten. Wenn jetzt der KB als erstes Hindernis auf diesem Weg aus der GLU Niedersachsen rausgefeuert werden soll, so werden wir nicht kampflos das Feld räumen. Wir werden den GLU-Mitgliedern und -Wählern deutlich machen, welchen Kurs die GLU-Spitze hier steuern will.

Die Qualle des Monats

Helmut Lippelt, GLU-Kandidat aus Hannover und inzwischen Vorstandsmitglied der GLU Niedersachsen, hatte längere Zeit eine sehr schillernde Rolle gespielt. So betonte er bei Verhandlungen in Hessen, daß der KB ihm wesentliche Schützenhilfe beim Wahlerfolg in Hannover geleistet habe. Gleichzeitig forderte er einen Unvereinbarkeitsbeschluß für Hessen, weil sonst die 5 % nicht zu erreichen seien. Er profilierte sich als Gegner von Beddermann's klaren Spalterkurs zwischen GLU und GLW in Hessen und versuchte, auf einem Gespräch am 24.6. zu „vermitteln". Kurz darauf gehörte er zu den Gerüchte-Köchen, die überall in Hessen die KB-Majorisierung erblickten – die z.B. bei einer GLW-Sitzung in Frankfurt 40 Hamburger KB-Autos (Ufos?!) entdeckten. Weiterhin war Lippelt bestens über Beddermanns Verhandlungen mit Gruhl informiert, obwohl er lauthals dessen Alleingänge kritisierte.

Inzwischen im Vorstand der GLU Niedersachsen gibt Lippelt offen zu, daß er sich vor allem für den geschickteren Beddermann hält, der den gleichen Kurs – ab nach rechts in die GAZ von Gruhl – will. Hierzu aus einem Brief von Lippelt an seine „Freunde in der GLU": *„Ich lese in der HAZ* („Hannoversche Allgemeine"), *einige GLU-Kreisverbände seien der Meinung, in Hessen habe sich ja nun gezeigt, daß Beddermann Recht und wir [Mombaur, Schirr, Lippelt] Unrecht gehabt hätten. Ich werde mich diesem Vorwurf bei nächster Gelegenheit stellen. Nur soviel vorweg: Als ich bei der Generalversammlung der GLU-Hessen [am 26. Juli in Allendorf] den von unseren hessischen Freunden hinzugeladenen alten Verhandlungspartnern der GLW begegnete, kamen diese spontan auf mich zu und sagten: ‚In Göttingen haben wir unsere Sternstunde verpaßt', d.h. am 24. Juni. Genau das war es. Und gegen die mutwillige Zerstörung der damaligen Verhandlungen haben Prof. Bertram, Mombaur, Müller-Jung und ich damals protestiert. Denn damals hatten die Verhandlungsführer der GLW das Heft noch fest in der Hand. Das ist ihnen erst in den Wochen danach entglitten. Und damals war die GLU-Hessen ein noch sehr schwaches Pflänzchen [keine 100 Mitglieder!] sodaß man sie nicht ohne weiteres in den Kampf zweier Listen hineinschicken durfte. Vielleicht wäre es mit Gruhl möglich gewesen. Aber diese Verhandlungen haben w i r jedenfalls nicht verpatzt.*

Es gibt das Wort von den ‚schrecklichen Vereinfachungen'. Die Geburt einer Partei aus einer Bewegung, wie die ökologische es ist, wird immer kompliziert und von Rückschlägen begleitet sein. Insofern wird es immer Anlaß zu ‚schrecklichen Vereinfachungen' geben. Wir werden sie immer wieder mühsam und geduldig auseinanderzupulen haben".

Zu gut deutsch: Lippelt war schon immer für die Spaltung in Hessen, er war schon immer für eine Partei nach Beddermann'schem Muster und gegen die Verantwortlichkeit gegenüber der BI- und Basisbewegung. Er hält sich lediglich für den geschickteren Taktiker.

Vielleicht will Lippelt demnächst offen erklären, er sei schon immer dafür gewesen, sich mit Gruhl zu verbünden?

Austritt angekündigt

Herrman Bergengruen
GLU-Mitglied Hannover Stadt den 31. Juli 1978

Der strukturelle Machtmißbrauch des politischen Geschäftes mit der RECHTS/LINKS Vorgabe ist uns sicher!
Wie sicher ist uns die politische Ökologie?
Äußerung unseres neuen Vorsitzenden Otto

Die nieders. GLU werde der Grünen Liste Hessen das Führen dieses Namens gerichtlich untersagen, wenn der ehemalige Studentenführer Daniel Cohn-Bendit und eine Sympathisantin der Kommunisten nicht von der Landesliste entfernt würden.

Auf Befragen sagte Otto tel., nicht er, ein anderes GLU LV-Mitglied (das er auch namentlich machte) habe die Sympathisantenäußerung getan.

– Überflüssig zu sagen, daß ein Bürgerschreck nicht für eine bürgerliche Partei kandidieren soll –

Mir war klar, daß ein Abgrenzungsbeschluß zu weiteren führen würde und es nur eine Frage der Zeit ist, wann die ganze Sympathisantenszene abgestreift werden müßte. Also zuerst der KB – dann die BI's (nicht alle aber die politisch wichtigen) – dann Mombauer und Thomas – dann überhaupt alles, was sich dogmatisch oder undogmatisch links bewegt.

Wer macht das?

Auf der LDK kamen o.g. Anträge vom Nienburger Kreis. Der „progressive" Herr Neddermeyer stellte den Antrag auf KB Ausschluß, allerdings ohne diesen zu nennen, sondern ihn für Satzungsänderungszwecke nur als „parteiähnliche Gruppe" zu beschreiben und ein LV-Mitglied, ehemals SPD überträgt die Abgrenzung in gewohnter SPD Manier auf Sympatisanten von .... beide um die Einheit zu bewahren!

Fazit: Die Tür wird nach links zugeschlagen.

Und rechts? Ja, von dort wird die Einheit gefährdet. Wer hat denn vom Scherbenhaufen geredet, das Ende der GLU Nieders. vorgespielt, die Abgrenzungsfrage praktisch-taktisch so in den Mittelpunkt gerückt, als gings um dieses Ziel in erster Linie! Wer ist aufgestanden und hat Versammlungen gesprengt? Und wer hat diesen Leuten die Tür weit geöffnet Konzessionen gemacht und Genossen verraten?

Fazit, die Tür nach rechts wird unter Preisgabe ökologischer Ziele und der Glaubwürdigkeit der GLU und ihrer Wahlversprechungen (rotierendes System/Demokrativerständnis/BI's) offengehalten mit Macht aus Angst.

Ich pflichte Bertram bei, der aus praktischer Anschauung von der LDK von „destruktiver Scharfmacherei" gesprochen hat.

Ich wollte es lange Zeit nicht wahrhaben, daß in der GLU die gewohnte – und deshalb so verhaltenssichernde – Rechts/Links-Schiene gefahren würde. Dies m u ß ich aber akzeptieren, nachdem das Wort von den Sympathisanten gefallen ist.

Ich werde mich dafür einsetzen, daß die GLU eine Partei wird, die die Tür nach rechts schließt und nach links offenhält. Das ist mein gutes politisches Recht.

Und vor allem werde ich darauf achten, daß dies im klaren Bewußtsein geschieht vom Unterschied politischen Vertreterverhaltens und politischer Autonomie.

Zur Zeit betrifft dies zweierlei:

1. Keine Absprachen mit der GAZ
   Reden mit GAZ-Vertretern ja – Zusammenarbeit nein!
2. Keine Abgrenzungen gegen vermutete oder real linke Personen und Gruppen, soweit diese nicht laut Satzung sowieso von der Mitarbeit ausgeschlossen sind.

Ich stelle die Frage, wie einzelne oder Gruppen oder wir alle?!?

gegen das Atomprogramm kämpfen wollen, wenn jemand meint, auf das politisch autonome Verhalten von BI's verzichten zu können. Ich kann mir das nicht vorstellen.

Deshalb werde ich die GLU zu dem Zeitpunkt verlassen, wo mir klar werden sollte, daß politische Autonomie dem Vertreterverhalten endgültig gewichen ist.

Dann wird zu prüfen sein, ob Bunte Listen oder Wählergemeinschaften mit dem kleinen Brötchen kommunaler Mitarbeit Ernst machen weil sie die notwendige Verbindung von politischem Ziel und politischem Verhalten glaubwürdiger und auf Dauer überzeugender vertreten, als es die GLU je vermag.

Ich war bestürzt von der Tatsache, daß ein einziger von 110 KV-Anträgen zu Gorleben kam – er ist in die Auflistung Bertrams nicht einmal als AG eingegangen. Soll in der GLU nicht weiter am Bewußtsein der AKW-Gegnerschaft gearbeitet werden? Wenigstens an den eigenen Mitgliedern?

Die überwiegende Zahl von Anträgen galt der großen Sorge um Mehrheiten, denen politische Ziele geopfert werden müssen.

Aber eben das wollten wir doch eigentlich anders machen, als die etablierten Parteien – oder nicht?

gez. Herman Bergengruen

Heinz Brandt protestiert gegen die Aberkennung ...

Anscheinend wider besseres Wissen hatte Gruhl Heinz Brandt als Kandidat auf Listenplatz 2 für die GAZ präsentiert. Gruhl hatte behauptet, er habe Brandts Zustimmung telefonisch eingeholt. Die Presse griff die angebliche Kandidatur von Brandt für die GAZ ganz groß auf, wie sie überhaupt redlich bemüht ist, dem Gruhl-Laden Schützenhilfe zu leisten. Aufgrund von solchen Pressemeldungen sprach Rudi Arndt, SPD-Vorsitzender von Hessen Süd, Brandt die Mitgliedschaft in der SPD ab. Wir drucken hier Heinz Brandts Schreiben dazu ab:

An die
Bezirks-Schiedskommission der SPD
Fischerfeldstr. 7-11
6000 Frankfurt 1

Betr.: Einspruch gegen Aberkennung der Mitgliedschaft bezw. Ruhen aller Rechte

Bezug: Schreiben des Vors. der SPD Hessen-Süd Rudi Arndt (a-ug vom 24.7.78

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit erhebe ich fristgemäß Einspruch gegen die Aberkennung (bezw. das Ruhen aller Rechte aus) der Mitgliedschaft in der SPD, wie sie mir im Schreiben vom 24.7. durch Herrn Rudi Arndt (als Vorsitzendem der SPD Bezirk Hessen-Süd) mitgeteilt wurde. Mein Einspruch bezieht sich sowohl auf die Form wie auf den Inhalt dieser unverständlichen Anordnung. Gleichzeitig erkläre ich ausdrücklich, daß ich keinesfalls beabsichtige, die mir in diesem Schreiben so nahegelegte offizielle Austrittserklärung abzugeben. Bezeichnenderweise enthält dieser (als Kopie beigefügte) Brief nicht einmal eine Rechtsmittelbelehrung, innerhalb welcher Frist Einspruch möglich ist.

Im „Betreff" des Briefes von Herrn Arndt wird die Aberkennung meiner Mitgliedschaft verkündet. Dem entspricht auch die Anrede mit „Herr". Im Brief selbst ist aber nur von der vorläufigen Anordnung des Ruhens aller meiner Rechte die Rede. Dann wäre ich aber immer noch als Genosse anzureden. Was also gilt?

Als Begründung für die Aberkennung dient im Betreff der völlig unspezifizierte, daher unerklärliche Hinweis auf „Pressemeldung in der Zeitung vom 22.7.78". Hierzu möchte ich zunächst bemerken, daß in der Bundesrepublik Deutschland kein Presseorgan namens ZEITUNG existiert. Die ZEITUNG ist vielmehr ein poetisches Symbol, das Heinrich Böll erfand und in seiner großartigen Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" für die Bild-Zeitung steht.

Handelt es sich nun tatsächlich um dieses obskure Springerblatt oder um eine andere Zeitung und wenn, welche? Mir selbst ist ausschließlich eine falsche Meldung der Frankfurter Rundschau vom 24.7. bekannt, wonach ich aus der SPD ausgetreten sei. Diese Meldung wurde von mir bereits am frühen Morgen des gleichen Tages richtiggestellt. Die Berichtigung erschien auch am 25.7. und dann noch einmal ausführlich am 26.7. Übrigens hatte ich Herrn Hoffmann von der FR auf dessen Anfrage bereits am 21.7. bestätigt, daß ich nicht aus der SPD ausgetreten bin, was von ihr am 22.7. veröffentlicht wurde.

Wohin ist es mit der SPD gekommen, wenn ihr Bezirksvorsitzender seelenlose Computeranordnungen über einen Menschen treffen kann, ohne sich die Mühe zu nehmen, durch ein Gespräch oder einen Anruf nach dem Wahrheitsgehalt irgendeiner Meldung irgendeiner Zeitung zu fragen. Hätte Herr Arndt bei mir angerufen, so hätte er von mir erfahren, daß ich

- nicht aus der SPD ausgetreten bin,
- auch nicht beabsichtige, aus der SPD auszutreten,
- die GRÜNE LISTE HESSEN nicht unterstütze, auch keine, die mit ihr konkurriert.

Ich würde lediglich (siehe dazu beigefügte Meldung der Frankfurter Neuen Presse vom 26.7.) eine grüne Einheitsfront aller umweltbesorgten Bürger unterstützen, die im Landtag die aussichtslose FDP ersetzen und damit eine Dregger-Regierung verhindern könnte. Kommt es in Hessen zu zwei oder mehreren grünen Listen, so werde ich keine unterstützen. Diese Haltung ergibt sich aus meiner Lageeinschätzung: Es muß alles menschenmögliche getan werden, um eine Dregger-Strauß-Kohl-Regierung in der Bundesrepublik zu verhindern; gleichzeitig müssen wir der wachsenden Umweltvergiftung wirksam entgegentreten, dem irrationalen Wachstumsfetischismus, dem Entstehen eines Atomstaates und einer lebensbedrohenden Plutioniumswirtschaft.

Ob eine solche Auffassung mit der weiteren Mitgliedschaft in der SPD vereinbar ist, muß nun von Euch entschieden werden.

Zur Beurteilung dieser Frage muß ich allerdings hinzufügen: Abgesehen von meiner grundsätzlichen Kritik an dem verhängnisvollen Rechtsdrift der SPD bewegt mich im Moment am meisten das schäbige Verhalten unserer Partei gegenüber dem Genossen Herbert Wehner. Meiner Meinung nach hat die SPD ihre Ehre verloren, als sie trotz des diskriminierenden Ausschlusses von Wehner durch den CSU-Abgeordneten von Stauffenberg an der 20. Juli-Kundgebung in Westberlin teilnahm, die dadurch zu einer widerwärtigen ganz großen Koalition mit den Rechtsaußen von CDU und CSU verkam.

Darf ich daran erinnern – der gestrige Korszak-Film im Fernsehen hat es noch einmal deutlich gemacht – daß die Massenmorde der SS an Kindern, Greisen, unschuldigen Menschen jeglicher Nationalität nur möglich wurden, weil Deutschlands gesamte Wehrmacht (und nicht irgendeine kleine Privatarmee Hitlers) den Killern und Vergasern den Weg nach Polen freigeschossen hat? Warum wird diese Blutrolle der Wehrmacht (der übrigens auch meine Eltern und mein jüngster Bruder zum Opfer fielen) von der SPD unterschlagen? Darf ich daran erinnern (der ich immerhin die Auschwitz-Tätowierung 69912 trage), daß meine KPD-Genossen von der Anton-Saefkow-Gruppe ebenfalls zu den Abgeschlachteten des 20. Juli gehören? Warum schweigt die SPD heute dazu? Haben nicht Hunderttausende von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerschaftern l ä n g s t vor Stauffenberg (dessen große Verdienste in der Nazi-Letztzeit ich keineswegs bestreite) Leben und Freiheit geopfert, um – wenn auch vergeblich – das Naziverbrechen an der Menschheit zu verhindern? Glaubt die SPD wirklich – entgegen allen Lehren der Geschichte – sich durch Selbstaufgabe retten zu können? Hat sie nicht begriffen, welche Schmach sie Herbert Wehner mit ihrem würdelosen Verhalten antut? Und letzte Frage: Kann sich die SPD wirklich nicht mehr entsinnen, daß in der Weimarer Republik der Präsident Friedrich Ebert von der Konterrevolution mit grade den Mitteln zugrunde gerichtet wurde, die heute gegen Herbert Wehner angewandt werden, ihren stellvertretenden Vorsitzenden?

Es fällt mir verdammt schwer, angesichts dieses Verhaltens Zukunftshoffnungen an die SPD zu knüpfen.

Das befremdliche Routineschreiben des Vorsitzenden der SPD Hessen-Süd kann nicht ohne meinen Einsrpuch bleiben. Seine Anordnung ohne mich vorher zu fragen, ist umso unverständlicher als ihm bekannt ist, daß ich über 50 Jahre in der Arbeiterbewegung aktiv tätig bin, sowohl legal, als auch gezwungenermaßen illegal, gegen Faschismus und Stalinismus gekämpft habe und über 13 Jahre im faschistischen bezw. stalinistischen Kerker saß (Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager, Isolierungshaft).

Mit freundlichen Grüßen!

Heinz Brandt

PS. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich ab 28.7. bis einschl. 15.8. in Schottland Urlaub mache und nicht zu erreichen bin.

Der „dritte" Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus

Am 13.7.78 rief der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl mit etwas mehr als einer Handvoll Leuten eine neue Partei aus: die „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ). Diese Partei ist der Versuch einiger bürgerlicher Politiker in der Umweltschutzbewegung, vom zunehmenden Interesse an grünen und bunten Alternativlisten zu profitieren und sich durch eine Parteigründung von oben nach unten auf Bundesebene an die Spitze zu setzen. Bürger- und Basisinitiativen sowie existierende grüne Wahlansätze wurden dabei ausgeschaltet. Mit unverschämten Forderungen und hemdsärmeligen Methoden versucht die neue Gruhl-Partei zur Zeit, ihren Führungsanspruch durchzusetzen.

Im Lager der „Grünen" hat die Gruhl'sche Parteigründung zwar einerseits Ärger erregt; andererseits ist die Tendenz unverkennbar, daß Teile der „Grünen" die GAZ als nun einmal existierendes Faktum betrachten, mit dem man sich arrangieren müsse:

– Der neue Vorsitzende der GLU Niedersachsen, Otto (früher SPD), propagiert unter dem Stichwort des „Driten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus die Einheit aller Ökologen von Jochen Steffen bis Herbert Gruhl; gleichzeitig verschärft er die Abgrenzung gegen links mit einem Ausschlußfeldzug gegen angebliche KB-Mitglieder.

– Zunehmend fahren Ökologen und Umweltschützer-Kreise auf die Ideologie des „Dritten Weges" ab und marschieren in Richtung der aufnahmebereiten GAZ.

– Selbst der linkssozialdemokratische „Extradienst" in West-Berlin sieht bei der GAZ *„genügend Ansatzpunkte ... zum gemeinsamen politischen Handeln"*, wenngleich er auch *„latent reaktionären Blödsinn"* im „Grünen Manifest" von Gruhl feststellt (ED, 18.7.).

– Auch die Frankfurter Spontis um den „Pflasterstrand" haben ihr Herz für reaktionäre Ökologie-Theorien entdeckt. Unter dem Motto „Ökologie geht vor Ökonomie" bemühen sie sich, „das Primat der Ökologie insbesondere gegenüber traditionellen Arbeiterklassenkonzepten zu behaupten" („Pflasterstrand", 5.8.).

Geriet die GAZ-Gründung teilweise noch ins Schußfeuer von Kritik, so

beiterklassenkonzepten zu behaupten" („Pflasterstrand", 5.8.).

Geriet die GAZ-Gründung teilweise noch ins Schußfeuer von Kritik, so

gilt dies kaum für die „theoretischen" Vorstellungen von Gruhl. Das „Grüne Manifest" der GAZ strotzt durchaus von reaktionären „Blut und Boden"-standpunkten. Dabei ist es im Vergleich zu Gruhl's sonstigen Positionen nur ein harmloser Aufguß.

Wir wollen deshalb Gruhls Vorstellungen eingehender erläutern. Dabei beziehen wir uns auf Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert - die Schreckensbilanz unserer Politik", das inzwischen mit 250.000 Auflage zu einem Bestseller avancierte.



GRUHL: Der Dachverband für die „Grünen" ist da, nun kommt!

Danach heißt „Ökologie geht vor Ökonomie": Verzicht auf sämtliche materiellen Güter bis auf die „Grundbedürfnisse".

Nach Gruhls Vorstellungen haben eigentlich nur die frühen Jäger und Sammler der Steinzeit in voller Übereinstimmung mit den Naturgesetzen der Ökologie gelebt.

Die Verletzung dieser Naturgesetze mache eine Katastrophe der Menschheit noch in diesem Jahrhundert unvermeidbar. Was für Gruhl bleibt, ist ein Notprogramm zur möglichst raschen Anpassung an die Zustände. Dies Programm kann man getrost als Kriegsvorbereitungsprogramm bezeichnen. Ein wichtiger Punkt ist dabei die höchstmögliche militärische Rüstung – einschließlich einer Atombewaffnung.

Sind wir Parasiten ?

„Der reiche Teil der Menschheit führt seit etwa zweihundert Jahren ein Parasitenleben" (S.62). Damit meint Gruhl keineswegs die Ausbeuterklassen, sondern alle, die von den Produkten einer Industrieproduktion leben. Seit der industriellen Revolution wurden die *„dem Menschen gezogenen Grenzen"* nicht mehr berücksichtigt; die *„größten Gefahren"* drohen nun der Menscheit *„nicht aus ihren Mißerfolgen, sondern aus ihren Erfolgen"* (S.11/12). Ja, da waren die Zeiten doch noch schön, wo die Herrschenden mit religiösen Fusel materielle Bedürfnisse der Massen zu unterdrücken suchten:

„Die Industrieländer haben durch ihr Beispiel und ihre Propaganda die Illusion in die Hirne gepflanzt, daß alle so leben könnten, wie man das vom Fernsehen oder vom Kino her kennt" (S. 97).

„Frühere religiöse Generationen hätten sich über die Fülle gewundert, die ein gnädiger Gott ihnen darbot. Auf Knien hätten sie ihm dafür gedankt. Die heutige Generation dankt niemanden – sie ist voller Arroganz auf ihre Errungenschaften" (S. 15). *„Solange die Kirche als etablierter Heilsapparat die Gleichheit der Menschen in der Welt des Jenseits sicherstellte, war kein großes Bedürfnis nach Sicherung des diesseitigen Reiches vorhanden"* (S.98).

Im Altertum und Mittelalter wurde die Verwertung von technischen Fortschritten weitgehend als „Todsünde" verteufelt. Schon damals schickte die Kirche gegen drohende gesellschaftliche Veränderungen Wanderprediger durch die Lande, die den unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang prophezeiten. Die gleiche Funktion in modernen Gewande unternimmt heute Gruhl. Er selbst sieht seine „Sternstunde" seit der „Ölkrise" 1973 gekommen – ein Schock, der deutlich machte, daß es mit dauerhafter wirtschaftlicher Stabilität vorbei ist und neue krisenhafte Einbrüche zu erwarten sind.

Schock, der deutlich machte, daß es mit dauerhafter wirtschaftlicher Stabilität vorbei ist und neue krisenhafte Einbrüche zu erwarten sind.

Das hat die Konjunktur für politische Wanderprediger seither erheblich belebt:

„In der Kriegsgefangenschaft erfuhren wir hochzivilisierten Weltbürger schon einmal, was die Grundbedürfnisse eines Menschen sind: ein Mantel oder eine Decke und ein Napf für das Essen" (S. 14).

Leider hätten die Menschen dabei nicht gelernt, *„diese Bedürfnisse mit eigner Hand, ohne Hilfsmittel zu befriedigen ... Dieses Erlebnis gab nur vermehrten Ansporn zum Wiederaufbau, zum forcierten Einschwenken auf den seligen Pfad hektischen Wachstums"* (ebenda)

Ökologie = Zurück zur Natur

Als moderner Katastrophen-Prophet bedient sich Gruhl natürlich nicht der göttlichen Eingebung, sondern wie üblich einer Wissenschaft. Angeblich kann man die Katastrophe der Menschheit aus der Ökologie ableiten.

Die Todsünde, die nach Gruhl *„Ausbeuter wie Kommunisten"* begehen, ist *„die immer größere Ausbeutung der Erde"* (S. 15). Alle Industrieproduktion beruhe auf der Ausbeutung von Rohstoffen – wie insbesondere Eisen als Werkstoff oder etwa dem Rohöl als Energieträger. Da diese Stoffe begrenzt und auch nicht zu ersetzen seien, sei die Katastrophe absehbar.

So würde beim Erdöl *„das Ergebnis von 2,83 Millionen Jahren in einem Jahr"* verbrannt.

Je mehr Industrialisierung, um so schlimmer wird es uns in Zukunft ergehen: *„Jede Verbesserung der Technik bedeutet, daß noch mehr Vorrat der Vergangenheit in noch kürzerer Zeit in Nutzung umgesetzt wird. Das Ergebnis der Vergangenheit ist, indem es heute verbraucht wird, zugleich der Zukunft entzogen. Es muß auf dem Konto 'Zukunft' als Verlust gebucht werden"* (S.92).

Nach diesem simplen Schema bleibt dem Menschen nichts anderes übrig, als in stiller gottergebener Bescheidenheit den Weg zurück zur Natur zu finden; alles andere ist „Hybris" (= Verblendung, Übermut), die sich bitter rächen wird. *„Man verhöhnt die eigenen Vorfahren, die 'dumm genug' waren, sich mit dem zu begnügen, was die Natur ihnen wachsen ließ. Aber nur dadurch blieben uns die Vorräte der Erde erhalten. Damit wir sie nun skrupellos der Nachwelt wegfressen?"* (S.96). Erlaubt ist im Einklang mit den „Naturgesetzen" der Gruhl-Ökologie nur eine Produktion auf Sonnenenergiebasis ohne Rohstoffe und ein Lebensunterhalt auf der Basis der von der Natur hervorgebrachten Früchte:

„Jahrtausendelang hat der Mensch von dem gelebt, was sich mit Hilfe der Sonnenenergie gewissermaßen von selbst produzierte und er hat die eigene Kraft nur eingesetzt, um die ‚Gratis'-Produktion zu steuern und zu ernten; er hat das Vorkommen benutzt, ohne es ein für allemal aufzubrauchen und ohne mehr Energie von außen zuzuführen, als er selber wiederum aus der erzeugten Nahrung zu gewinnen imstande war. Der Kreislauf von Produktion und Verbrauch war intakt. – Heute ... wird zusätzlich zu Sonnenernergie und menschlicher Arbeitskraft ebensoviel Brennstoffenergie zur Erzeugung der Nahrung aufgewendet, wie diese selbst enthält, und dabei werden

menschlicher Arbeitskraft ebensoviel Brennstoffenergie zur Erzeugung der Nahrung aufgewendet, wie diese selbst enthält, und dabei werden

unersetzliche Rohstoffquellen mit wachsender Beschleunigung aufgebraucht" (S.80, zitiert Jürgen Dahl nach David Landes: „Der entfesselte Prometheus"). In diesem Sinne liegen unsere Vorbilder in der Steinzeit: *„Wohl bei kaum einer anderen Völkergruppe war der Zusammenklang von primitivem Jägertum, einfacher Lebensweise und starker Verbundenheit mit der Natur erfolgreicher als bei Indianern"* (S.40).

Gehen die Rohstoffe aus?

Gruhls Katastrophen-Theorie geht davon aus, daß schon die jetzige Generation der Menschheit das Ausgehen der Rohstoffe für die Industrieproduktion miterleben wird. Zwar fordert er die Förderung des Recycling, d.h. die Wiederverwendung der Rohstoffe, was jedoch erst nennenswert angewendet werden dürfte, wenn die Rohstoffvorräte knapp würden. *„Dann jedoch ist es zu spät, um durch Recycling noch Erfolge zu erzielen"* (S. 117). Die von den Imperialisten selbst inszenierte „Ölkrise" 1973 war für Gruhl *„das erste weltgeschichtliche Ereignis der planetarischen Wende"* (S. 241). Er schreibt darin selbst, daß *„für das (bis 1973 billige) Öl ein weit höherer Preis durchaus berechtigt gewesen"* wäre, da schon *„seit Jahren abzusehen"* war, *„daß die Erschließung neuer Lagerstätten ... nur zu immer höheren Kosten möglich sein würde"* (S. (S. 317). Genau zu diesem Zwecke und mit einer chauvinistischen Kampagne gegen die Länder der 3. Welt, die die Rohstoffe angeblich zurückhielten, weshalb man sich auch auf kriegerische Feldzüge rüsten müsse, wurde die Ölkrise seinerzeit inszeniert. Noch heute muß sie als wesentliches „Argument" für die Entwicklung von Atomkraftwerken herhalten. Zwar lobt Gruhl solche imperialistischen Analytiker wie etwa den „Club of Rome" über den „grünen" Klee, behauptet aber andererseits, daß die Ölkrise ein Schlag ins Gesicht von Ökonomen und Politikern gewesen sei.

Zwar ist bekannt, daß die seinerzeit bekannten Ölvorräte (Ölsände und -schiefer eingerechnet, an deren Abbau heute niemand denkt) rund 1.000 Jahre reichen können, aber mit dem Ölschock im Rücken kann man schon die Katastrophe politisch ausschlachten: *„Für welche Zeit soll der Vorrat reichen? Eigentlich für immer!"* Also, folgert Gruhl, dürfte *„der Bestand überhaupt nicht angegriffen werden"* (S. 241). Doch logisch ist das nur, wenn man glauben machen kann, daß es unmöglich sein wird, für die Energieerzeugung jemals andere Rohstoffe zu finden. Gruhl behauptet schlicht, daß es immer schwieriger werde, neue Rohstoffquellen zu finden. In der Tat ist der technologische Aufwand immer größer geworden – allerdings wurde selbst beim Erdöl ständig mehr neu gefunden als verbraucht wurde.

Nicht in Fragen des Umweltschutzes, aber in der Frage der Rohstoffverknappung decken sich Gruhls Vorstellungen mit imperialistischen Theoretikern, die nach der Periode des angeblich unbegrenzten Aufschwungs nach dem II. Weltkrieg nun mit der zunehmenden krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus die kommende Knappheit predigen!

Noch in dieser Generation – die Todeskatastrophe?

Noch in dieser Generation – die Todeskatastrophe?

Die Ausplünderung der Rohstoffe hat *„diesen Planeten in eine derart aussichtslose Lage gebracht, daß er ohne regionale Katastrophen aus ihr nicht mehr herauskommen wird. Nämlich: Hungerkatastrophen in den geburtenreichen Entwicklungsländern, Arbeitskatastrophen in den Industriestaaten"* (S. 22). *„Der totale Krieg der Menschen gegen die Erde befindet sich im Endstadium. Der totale Sieg ist errungen. Es gibt längst keine Macht mehr auf der Erde die den Menschen noch erfolgreichen Widerstand entgegensetzen könnte"* (S. 220). *„In einigen Generationen – nein! schon in einer Generation ... werden längst die Naturgesetze in ihrer Automatik den Gang der Ereignisse bestimmen"* (S. 286). Die Menschen werden *„nach den strengen Gesetzen der Natur büßen müssen. Sie werden ihre Schulden bezahlen müssen. Die einzige Währung aber die hier gilt, und in der Verstöße gegen Naturgesetze beglichen werden können, ist der Tod. Der Tod bringt den Ausgleich, er schneidet alles Leben, das auf diesem Planeten auswuchert, wieder zurück, damit der Planet wieder ins Gleichgewicht kommt"* (S. 168).

Mit dieser kleinbürgerlich-reaktionären Theorie ist der Imperialismus von der Schuld an allen kommenden Katastrophen freigesporchen. *„Die grenzenlose Begehrlichkeit des Menschen"* (S. 151), sein *„Renommierbedürfnis"* (S. 152), der *„gigantische Selbstbetrug"*, der sich vielleicht *„schon so tief in alle Hirne eingefressen (hat), daß sie nicht mehr frei sind. Vielleicht ist das menschliche Großhirn direkt schuld"* (S. 25), daß jetzt der Mensch von der Natur zurückgestutzt werden muß.

Statt Kampf gegen die Ausbeutung – Kampf gegen die Begehrlichkeit!

Während Marx die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen anprangerte, will Gruhl die Ausbeutung der Natur bekämpfen. Nach Gruhl *„gilt es heute als verpönt, ... die Mitmenschen auszubeuten"* (S. 96). *„Das einzige"*, was heute geschont wird, sei die Arbeitskraft!

In diesem Sinne hält Gruhl auch *„eine moralische Kritik am Profitstreben"* für *„wenig angebracht"* (S. 198). Vielmehr besteht für Gruhl *„die Komplizenschaft von Kapital und Arbeit und Staat"*. Alle fordern mehr Ausbeutung der Natur, wobei es zu immer neuen Verteilungskämpfen komme. *„Die Ausbeutung anderer Menschen hat in weiten Teilen der Welt nur darum aufgehört, weil man sich auf die Ausbeutung der Erde geeinigt hat"* (S. 204). Vor diesem Hintergrund *„Verschwindet"* für Gruhl das Problem der Ausbeutung der Menschen!

„Parteien der Rechten und Parteien der Linken (ich verwende diese Begriffe, damit das, was ich sage, auf jedes westliche Land anwendbar ist, und überlasse es dem Leser, Konservative, Sozialisten oder jede beliebige Variante einzusetzen, an die er eben gewöhnt ist) stimmen in einem Punkt überein: Der materielle Reichtum ist der Zweck der Übung. Selbst Marxisten und Maoisten sind sich mit Konservativen und Republikanern darin einig, daß sie das Bruttosozialprodukt so schnell wie möglich steigern wollen" (S. 208; Gruhl zitiert hier G. Taylor).

Umweltschutz kontra Wohlstand?

Die Demagogie von Gruhl, die Arbeiter seien gegen den Umweltschutz, mag ja angesichts der Rolle der Gewerkschaftsführung, die Arbeitsplätze auf Kosten des Umweltschutzes fordert, hier und dort bei kleinbürgerlichen Umweltschützern verfangen. Das Paradoxe an der Sache ist nur, daß Gruhl im Grunde den Gewerkschaftsführern Recht gibt: Auch er hält bei entwickelter Industrieproduktion einen Umweltschutz für unmöglich. Vorsorge gegen Umweltschäden sei zwar *„sinnvoll"* Die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen sollten allerdings auf den Verbraucher abgewälzt werden, *„auf den Nutznießer des Produkts, der es trotz der Verteuerung erwerben möchte"* (S. 128). Er behauptet, *„daß zum Beispiel die nahezu vollständige Klärung von Abwässern einen derartigen hohen Energie- und Rohstoffeinsatz erfordern würde, daß die Umweltbeeinträchtigung, die bei deren Bereitstellung entstünde größer wäre als die durch die Abwasserreinigung*

satz erfordern würde, daß die Umweltbeeinträchtigung, die bei deren Bereitstellung entstünde größer wäre als die durch die Abwasserreinigung

vermiedene" (S. 130). Außerdem diene der Umweltschutz *„oft als Anregung für neues Wachstum"* (S. 130/1). Die USA sind für Gruhl der Beweis, daß technischer Umweltschutz bei hoher Produktion u n m ö g l i c h sei: *Selbst die in der Produktion weit an der Spitze liegenden Vereinigten Staaten haben offensichtlich noch nicht genügend Geld für ihre Umwelt abzweigen können"* (S.134). Konsequenz: **„Die Ökonomie muß der Ökologie den Vorrang lassen"** (S. 136), also Konsumverzicht! Insgesamt ergibt sich damit die paradoxe Lage, daß Gruhl gegen die Linken als schlechte Ökologen zu Felde zieht, obwohl s e i n Ökologie- Standpunkt viel inkonsequenter ist. Als Hauptmittel im Kampf um den Umweltschutz wird praktisch ins Feld geführt, z.B. die Atomindustrie dadurch zu bekämpfen, daß man auf Stromverbrauch verzichtet. Auch hier wird der allgemeinen „Begehrlichkeit" der Menschen zu Leibe gerückt. Genauso soll es laut Gruhl bei den sozialen Einrichtungen sein!

Abschaffung von Sozialleistungen

Wie wenig Gruhl an der sozialen und materiellen Lage der Menschen liegt, wird deutlich, wenn er gegen die staatlichen sozialen Einrichtungen zu Felde zieht:

Höhere Aufwendungen bei staatlichen sozialen Einrichtungen gingen *„ja zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Darum die große Nachfrage nach solchen Einrichtungen, deren Nutzen jeder einzelne natürlich sucht, weil sie zu einem großen Teil von der Allgemeinheit bezahlt werden. Der einzelne wundert sich dann nur, daß er immer höhere Steuern und Versicherungen zu bezahlen hat. Diese Erfahrung veranlaßt ihn erst recht, die öffentlichen Einrichtungen so ausgedehnt wie möglich in Anspruch zu nehmen, damit er womöglich seinen Anteil wieder ‚herausbekommt'. Dieser Sachverhalt ist zugleich ein berechtigter Einwand gegen jede Art von Sozialismus"* (S. 158).

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Die „übermäßige" Inanspruchnahme von Sozialleistungen ist für Gruhl der Grund des Anstiegs der Krankenversichtungsgelder – nicht etwa das Profitstreben der Pharma- Industrie etc.

Gruhl möchte einen Teil der Sozialeinrichtungen überflüssig machen, indem er diese Arbeiten den Frauen aufdrückt. Wegen *„der Jagd nach Gütern"* müsse *„meistens auch die Frau berufstätig sein"* (S. 153). *„Die Zeit unserer Erwachsenen ist... viel zu wertvoll, als daß sie diese damit ‚vergeuden' könnten, sich ‚nur' um ihre Kinder oder um andere Mitmenschen zu kümmern. Die heutige Frau kann, wenn sie ‚modern' sein und ‚mit der Zeit' gehen will, auch nicht ihre alten Eltern versorgen. Letztere werden deshalb schnellstmöglich in ein Altersheim gebracht, wo sie dann in einer hygienisch einwandfreien Umgebung auf ihren Tod warten dürfen"*(S. 157).

Die öffentlichen Einrichtungen, meint Gruhl, *„waren so lange gar nicht nötig, wie die Hausfrauen den Haushalt, die Kinder und die eigenen Eltern versorgten"* (S. 158).

In seinem Feldzug gegen die „Begehrlichkeit" der Menschen will Gruhl die Frauen wieder an Heim und Herd zur Dienstmagd der Nation machen. Diese kleinbürgerlich- reaktionären Vorstellungen können höchstens dort auf Anklang zielen, wo noch die familiäre Produktion vorherrscht. Entsprechend schwärmt Gruhl von der handwerklichen Arbeit und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Selbstverwirklichung als Handwerker?

Bei den Handwerkern des Mittelalters sei der Anteil der eigenen Arbeit nahezu 100 % gewesen, während der Anteil bei der Industrie- Produktion immer geringer werde. *„Die direkte Beziehung zum Produkt führt zu einer optimalen Befriedigung am eigenen Werk"* (S. 146). Sei sie ihm verwehrt, so komme der Mensch *„auf die verrücktesten Ideen und wird in der einen oder anderen Weise krank"*(S. 147). Die Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus wird hier benutzt, um den Marsch zurück ins Mittelalter zu propagieren. *„Die Hoffnung, daß man sich für die freudlose Arbeit – oder Arbeitslosigkeit! – durch ‚Freizeitgestaltung' entschädigen könne, ist unerfüllbar; denn alle Erfahrung bestätigt die Verallgemeinerung: Die Qualität der Arbeitszeit bestimmt die Qualität der Freizeit"* (ebenda). Außerdem hätten die Arbeiter sowieso kein Interesse an verkürzter Arbeitszeit. *„Der entscheidende Grund, warum es in den Industrieländern weder zu nennenswerter Arbeitslosigkeit (?!) noch zu bedeutender zusätzlicher Freizeit gekommen ist, liegt in der grenzenlosen Begehrlichkeit des Menschen, der von Freizeit redet, aber immer mehr Güter haben will"* (S. 151).

Die Bauern zur „Enklave" der Rückständigkeit machen ?

Die Bauern fordert Gruhl auf, *„Enklaven der Vergangenheit zu bilden... Orte, an denen Veränderungen, Neuartigkeit und Vielfalt bewußt zurückgeschraubt werden; denn so erhöhen wir die Wahrscheinlichkeit, ‚daß jemand für den Neubeginn übrigbleibt, wenn eine massive Katastrophe eintritt"* (S. 266– Gruhl zitiert hier Tofler) *„Auf jeden Fall kann man den – heute materiell benachteiligten Bauern in den Industrieländern nur raten, durchzuhalten; sie werden die Letzten sein, die in Gefahr geraten, umzukommen"* (ebenda).

Inzwischen wurde ja auch die Landwirtschaft industrialisiert; das heißt, dort werden Energievorräte und Düngemittel etc. eingesetzt. Mit der Gruhlschen Katastrophe fallen auch diese *„Voraussetzungen weg, dann müßte die landwirtschaftliche Produktion auch in den Ländern wieder auf das vorindustrielle Niveau zurückfallen, in denen heute riesige Überschüsse erzielt werden"* (S. 82).

Mit der angeblichen Energiekrise muß nun – laut Gruhl – auch die Landwirtschaft zurechtgestutzt werden, so daß noch weniger Menschen als bisher schon davon ernährt werden könnten.

Verkleinerung der Menschheit!

In diesem Sinne fordert Gruhl auch einen Feldzug gegen die „Überbevölkerung". Als Sofort-Maßnahme soll in der BRD ein Rückgang der Bevölkerung auf 40 Mio. eingeleitet werden, um dann ohne landwirtschaftliche Einfuhren auskommen zu können. Die Reduzierung der Bevölkerung preist Gruhl gleichzeitig noch als das entscheidende Mittel gegen die Arbeitslosigkeit an.

Da es nicht möglich sei, die jetzige Weltbevölkerung auf einen Lebensstandard wie in den Industrieländern zu bringen, müsse besonders in der 3.Welt drastisch eingegriffen werden. So ist für Gruhl die Aktion „Brot für die Welt" im Endergebnis *„ein vervielfachter Tod für die Welt". „Was ist also christlicher: In diesem Jahr eine Million vor dem Hungertod zu bewahren, um dann in den nächsten Jahren vielleicht drei oder vier Millionen nicht mehr retten zu können oder wie es ein wirklich nachdenklicher Mensch ausgedrückt hat – Indien seinem Schicksal überlassen? Wenn man das täte, so würden im Laufe der nächsten fünf oder zehn Jahre viele Millionen weniger Menschen einem unausweichlichen Schicksal überantwortet werden. – Diese erschütternden Überlegungen zeigen aber, vor welchen Alternativen wir stehen"* (S. 176).

Den Ländern der 3.Welt soll das „Wunschdenken" ausgetrieben werden, sie könnten den Lebensstandard der Industrienationen erreichen; erst dann würden *„energische Anstrengungen"* unternommen werden, den *„Zuwachs zu bremsen"*. Statt *„fanatisch"* daran zu arbeiten, *„einer wachsenden Bevölkerung Arbeitsplätze zu schaffen"*, soll die Masse in den Entwicklungsländern weiter im Elend bleiben.

Wieso haben es Länder wie China, Vietnam etc. nach der Revolution aus eigenen Mitteln geschafft, Hungerkatastrophen abzuschaffen und zunehmend einen gesellschaftlichen Wohlstand aufzubauen?

Nein, Gruhl möchte die Industrialisierung in den Ländern der 3.Welt möglichst verhindert sehen, obwohl auch er weiß um *„das Ringen um Einflußsphären"*, das *„seit dem II.Weltkrieg im Gange ist"* (S. 336), daß dort die Rohstoffe für die Imperialisten zu einem „geringen Preis" zu haben sind *„weil ihnen (den 'Entwicklungsländern') die Techniken fehlten, diese Rohstoffe zu gewinnen"* (S. 315). *„Die Europäer werden bald wehmütig an die Zeiten zurückdenken, als sie sich noch aus ihren Kolonien einfach holen konnten, was sie brauchten"* (S. 242). Angesichts zukünftiger Katastrophen soll den Ländern der 3.Welt der jetzige Zustand noch schmackhaft gemacht werden – je ärmer, umso besser! *„Die Chance der Völker, Krisen zu überstehen, ist umso größer, je geringer der Entwicklungsstand ist, den sie erreicht haben ... Die heutige Verzweiflung der armen Völker ist darum in Wahrheit ihre große Hoffnung für die Zukunft, und es ist unklug, die noch im natürlichen Regelkreis lebenden Völker mit der Industrialisierung zu 'beglücken'"* (S. 266).

Als Kronzeuge zitiert Gruhl ausgerechnet Mobutu, den Präsidenten von Zaire, der dafür bekannt ist, daß er im Interesse des Imperialismus schonungslos das Volk und die Rohstoffe ausplündern läßt.

Mobutu erklärte: *„Das Erbe, das unsere Vorfahren uns hinterlassen haben, ist die natürliche Schönheit unseres Landes ... Deshalb weigern wir uns, blind dem Weg der 'entwickelten' Länder zu folgen, ... die Rohproduktion macht oft wirklich roh im geistigen Sinne... Wir möchten keine dieser verderbenden Industrien besitzen... Warum sollen wir nicht von vornherein die Wohltaten des natürlichen Lebens vorziehen?"* (Mobutu 1972 auf dem Parteitag in N'Sele – zitiert nach Gruhl S. 267).

Was Wunder, daß die Völker Zaires Mobutu ohne das militärische Eingreifen der Imperialisten schon längst verjagt hätten?!

Wohin führt Gruhls „3.Weg"?

Wie wir bisher dargelegt haben, sollen alle von Gruhl aufgegriffenen Probleme des Kapitalismus nur dadurch gelöst werden, daß der Mensch das Rad der Geschichte zurückdreht und den Marsch in die „heile Natur" antritt. Gruhl will ein System, wo *„der materielle Verzicht an der Spitze der Werte"* steht. Ein Wert, der für Gruhl *„nur auf religiösem Fundament mächtig werden kann"* (S. 282).

Gruhl schwebt eine *„Raumschiff-Wirtschaft"* vor, deren Vorbereitung *„die gleiche Intensität wie die Vorbereitung auf einen großen Krieg"* erfordere (S. 290). Geben dürfe es in dem „Raumschiff Erde" „so gut wie keine Freiheit; jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muß sich anpassen. Eine Freiheit hat er allerdings immer: Die der Selbstvernichtung. ... Dann müssen die Menschen zwangsläufig organisiert werden wie ein Ameisenhaufen oder ein Bienenstock" (S. 302). Dafür will Gruhl eine Weltregierung, die *„mit allen Machtmittel ausgestattet"* wäre (S. 298). Sie müßte *„die gesamte Verteilung von Rohstoff- und Energiequellen und besonders von Nahrungsmitteln auch gegen den Willen der einzelnen Länder regeln können. Ja, sie müßte auch die erlaubte Kinderzahl für jedes Volk festsetzen und Verstöße ahnden"* können (S.299). *„Diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein als die stalinistische es war"* (S.302).

Gruhl weiß selbst, diesen „Überstaat", diese „Weltregierung" kann es nicht geben. Die Diktatur, die den Rückzug ins Mittelalter organisiert, wird es nicht geben. So bleibt Gruhls Ökologie-Theorie nichts weiter als die kleinbürgerlich-reaktionäre Sehnsucht, die Widersprüche des Kapitalismus aufzulösen. So ist für Gruhl die „Katastrophe" nicht mehr zu verhindern, sondern man könne beim „Turmbau zu Babel", mit dem er die derzeitige Entwicklung vergleicht, nur noch damit beginnen, einige Stockwerke abzutragen (S.343).

So gibt Gruhl zum Schluß seines Buches seine Einschätzung von der Entwicklung bekannt, *„für die alle Erfahrungen der Geschichte und der Wahrscheinlichkeit sprechen"* (S.305): Eine Einschätzung, die neue kriegerische Auseinandersetzungen, imperialistische Staaten, „Ostblock" und Länder der 3.Welt erwartet. Die Vorbereitung darauf soll der materielle Verzicht sein!

Kampf um Territorium und Rohstoffe

Das „Wesensmerkmal" der neuen Phase der Menschheit *„wird wieder ... ein Kampf um Territorien sein. Aber nicht ein langmütiger Kampf um weite fast menschenleere Räume ..., sondern ein intensiver Kampf der überfüllten Räume. Ein Kampf, in dem es nicht um etwas Zugewinn oder Verlust, sondern buchstäblich um Leben und Tod geht. Die Kriege der Vergangenheit wurden nur um den größeren oder besseren Anteil geführt. Die Kriege der Zukunft werden um die Teilhabe an der Lebensgrundlage überhaupt geführt werden, das heißt um die Ernährungsgrundlage und um die immer wertvoller werdenden Bodenschätze. Sie werden darum an Furchtbarkeit unter Umständen alles bisher dagewesene in den Schatten stellen"* (S. 319). Statt um verschiedene Gesellschaftssysteme gehe es dann *„um die nackten Lebensbedürfnisse"*. Für diese Entwicklung sieht Gruhl folgende Trümpfe:

Trumpfkarte Nummer 1: „Die militärische Macht"; dazu gehört die konventionelle Rüstung samt Rüstungsindustrie, einschließlich atomare Bewaffnung! Danach folgen die Bevölkerungsplanung und *„die Bedürfnislosigkeit oder Leidensfähigkeit der Bevölkerung"* (S. 320/21). Vorbilder sind für Gruhl die Spartaner des Altertums: *„Für die Zukungt werden d i e Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denen es gelingt, ihren Rüstungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten. Dies wird das Feld sein, auf dem sich der intenationale Wettkampf hinfort abspielt"*(S. 323).

In diesem System sieht Gruhl für die USA die größten Schwierigkeiten wegen ihres hohen Wohlstandes; das führe dazu, daß *„die USA eine angestrengte und waghalsige Außen- und Wirtschaftspolitik führen, um sich den größtmöglichen Anteil der Ressourcen der gesamten westlichen Welt während der nächsten Jahre zu sichern"* (S. 324). D. h. die USA werden ihre imperialistische Weltpolizistenrolle verschärfen. Dennoch sieht Gruhl die Sowjetunion strategisch im Vorteil, weil dort bei höchster Rüstung der Lebensstandard niedriger sei und die Sowjetunion von ihren eigenen Rohstoffen leben könne. Ähnlich sehe es für China aus: *„All das bedeutet, daß die aufkommenden Krisen und die drohenden Katastrophen ausschließlich eine Angelegenheit der nichtkommunistischen Welt sind und sein werden. Die östlichen Länder werden davon faktsich nicht berührt"* (S. 328). Die europäischen Staaten, die ihre Rohstoffe ausgeplündert hätten, würden *„in der künftigen Weltpolitik nur noch als unberechenbarer Störfaktor in Erscheinung treten. Nicht etwa wegen ihrer Macht, sondern wegen der unaufhörlichen Zusammenbrüche und Unruhen, die sich hier ereignen werden"* (S. 335). Die 4.Großmacht seien die arabischen Ölstaaten; wenn diese unter sowjetische Herrschaft gerieten, dann würde diese *„von da an de facto die Welt beherrschen"* (S. 337).

Insgesamt stellt Gruhl hier ein Weltbild der sich verschärfenden Widersprüche vor, bei dem neue Raubzüge des Imperialismus bevorstehen. Das, was seine Ökologie-Theorie noch in diesem Zusammenhang besagt, ist, daß die Völker der Erde bei diesen Auseinandersetzungen auf den Klassenkampf verzichten sollen und sich im Interesse ihrer Herrschenden mit Durchhalteparolen den Verzicht predigen sollen.

Nationalzeitung und Gruhl

Von der Warte *„heimatloser Konservativer und anderer auf eine ‚vierte Partei' wartender"* verfolgt Freys faschistische „National-Zeitung" die Entwicklung der ‚Grünen'.

In der Ausgabe vom 28.7. fragt die Zeitung unter der Überschrift *„'Grüne' in der Zerreißprobe"* besorgt, ob es Gruhl gelingen werde, sich von den Roten zu trennen, das werde *„viel Kraft kosten. Ob die verbliebenen Energien dann noch ausreichen, wird abzuwarten sein"*. Nur Gruhl sei aber überhaupt in der Lage, eine *„Umweltschutzpartei seriöser Prägung"* aufzubauen, der *„gewiß nichts kommunistisches oder anarchistisches anhaftet, im Gegenteil. Schon wird Gruhl von links mit Kritik überhäuft. Sein Programm sei ‚reaktionär' "*. Seine Aussagen seien „Blut und Boden-Floskeln" bzw. „faschistoid".

Da muß man sich über die Sympathie der „National-Zeitung" kaum wundern. In diesem Sinne pöbelt die „National-Zeitung" über die hessische GLH: *„Allzu Rot sahen die Blüten aus, die aus grünen Stengeln schossen"*. Die GLH, die für alle offen sei, verstehe sich *„sogar als Interessenvertretung sexuell abnormer Minderheiten"* (gemeint sind Homosexuelle). Die „National-Zeitung" macht auch Gruhls GAZ und der bürgerlichen Presse vor, wie man noch besser gegen die GLH mit Cohn-Bendit hetzen könnte, den sie als „Polit-Clown" mit Übergewicht bezeichnete. Cohn Bendit triebe *„seit einigen Jahren in Frankfurt sein Unwesen. Die Liste seiner Straftaten, häufig Gewalttätigkeiten, wird immer länger. Bei den „Grünen" sieht der rote Mülltonnen-Agitator eine Chance, seinem Trieb Luft zu verschaffen – einem gegen die ‚Gesellschaft' gerichteten Trieb, den Cohn Bendit selbst mit seiner Abstammung begründet"* – die „National-Zeitung" meint Cohn-Bendits jüdische Herkunft. Die „National-Zeitung" fragt, ob dieser „Entwurzelte" nicht ein „Umweltverschmutzer" sei und die GLH *„eine Flasche roten Fusels mit Schwindeletikett!"*

Die Faschisten schlagen aus Sympathie mit Gruhl den gleichen Tenor wie die GAZ und bürgerliche Presse an. Die GAZ bezeichnete die GLH als „wilden Haufen", als „rote Karotten im grünen Gemüse".



Der Spitzenkandidat der GAZ — „Pflasterstrand", Nr. 35

Gruhl in Nürnberg:

Gruhl in Nürnberg:

Wie uns einmal das Gruseln kam

Eine kleine Notiz in einer Nürnberger Tageszeitung kündigte das Erscheinen des ersten Vorsitzenden der GAZ am Donnerstag letzter Woche an. Weder Flugblätter noch Plakate waren zur Mobilisierung erforderlich. Der Bund Naturschutz „parteipolitisch neutral" hatte intern mobilisiert und die Veranstaltung organisatorisch vorbereitet.

Immerhin kamen 300 Leute, ein recht gemischtes Publikum, die sich den Ökologiepropheten und seine neue Partei einmal ansehen wollten. Und dann ging es los: In düstersten Farben wurde das Bild dieser verkommenen und verrotteten Gesellschaft gezeichnet. Den natürlichen Kreislauf alles Lebendigen hat der Mensch durch sein rücksichtsloses Eingreifen in die Natur zerstört, das natürliche Gleichgewicht der Naturkräfte, das sich durch Leben und Sterben alles Lebendigen immer wieder aufs Neue herstellt, ist durch das Streben des Menschen nach immer mehr Produkten, immer mehr Gewinn zerstört worden!

Irgendwann in nächster Zeit würde das zu einer großen Katastrophe führen.

Wir Deutschen werden dann vor einer Situation stehen, wie wir sie ansatzweise beim Ausbruch der Ölkrise erlebt haben. Die Entwicklungsländer können uns wegen unseres Mangels an Rohstoffen erpressen, sie haben uns vollständig in der Hand!

Wie in der Kirche sollte da einen das schlechte Gewissen packen. Jeder Einzelne von uns ist daran Schuld, wenn es zu dieser großen Katastrophe für unser Volk und Land kommen wird.

Und in diese Weltuntergangsstimmung hinein konnte Gruhl dann auch seine Lösungsvorschläge machen: Jeder muß bei sich selbst anfangen! Jeder muß sich selbst ein bißchen einschränken, damit diese Katastrophe abgewendet werden kann! So kann die Arbeitslosigkeit sofort abgeschafft werden, wenn alle Arbeiter mit einer kürzeren Arbeitszeit (7 Stunden) einverstanden wären. Einen Lohnausgleich kann es dafür selbstverständlich nicht geben, denn da würde die Industrie ja nicht mitmachen. Aber wir können schließlich nicht weiter so egoistisch sein und nur an uns denken. Überhaupt was wird eigentlich mit dem Geld gemacht? Es wird ja doch nur für überflüssige Luxusgüter ausgegeben — jedes Jahr ein neues Auto, jedes Jahr eine neue Wohnungseinrichtung und ein Farbfernseher, das kann doch nicht der Sinn des Lebens sein! Oder auch der Urlaub — sparen die Menschen das ganze Jahr, dafür einmal wegfahren zu können und dann hängen sie sich über Stunden und Tage in die Blechlawinen auf den Autobahnen, wohnen am Urlaubsort in den gleichen Betonklötzen wie zu Hause und dann meinen sie noch, das sei Erholung! Was hier fehlt, ist nicht mehr Geld, mehr Wohlstand, sondern das ist ganz einfach einen neuen Sinn im Leben zu finden, ein rigoroses Umdenken, einen Glauben, eine Religion! Deswegen kann es auch nicht so weiter gehen, daß die Gewerkschaften einen so großen Einfluß in diesem Land haben. Schließlich geht es den Arbeitern hier gut und wenn die Gewerkschaften wirklich glaubhaft etwas tun wollen, dann sollten sie sich endlich einmal um die arbeitslosen Kollegen kümmern und nicht immer höhere Löhne fordern!

Daß es gerade für diese „Lösungsvorschläge" den meisten Beifall an diesem denkwürdigen Abend gab, hat uns nicht weiter verwundert. Neben einer Reihe von Alt-Umweltschützern und Mittelständlern, die sicherlich ihre zwei Autos und ihre zwei Kühlschränke zu Hause haben und sich eine Urlaubsreise per Flugzeug leisten können, befand sich im buntgemischten Publikum eine Reihe von NPDlern und Anhängern der Hoffmann-Truppe.

KB / Gruppe Nürnberg

„Grüne Liste Schleswig-Holstein"

Spaltung durch den rechten Landesvorstand

Der fünfköpfige provisorische Landesvorstand der „Grünen Liste Schleswig-Holstein" gliedert sich schrittweise ins rechte Umweltschutzlager ein und bricht dabei alle demokratischen Beschlüsse der Rendsburger Gründungskonferenz. Durchgesetzt werden kann dieser Kurs nur g e g e n die Mehrheit der bestehenden Kreisverbände, ohne daß von den Kreisverbänden bisher dieser Entwicklung angemessen Rechnung getragen worden ist.

Die nationalen Fäden sind gesponnen

Bereits „*während der Liebenauer Tagung* (der GLU Niedersachsen am 21.7. – Anm. AK) *wurde mit Vertretern der Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vereinbart, voraussichtlich am 27.8. in Dortmund einen vorbereitenden Bundesausschuß zu bilden. Hessen hat telephonisch seine Zusage erteilt*" (Protokoll der GLU Niedersachsen) Im Hinblick auf diese Vereinbarung hat der Landesvorstand der GL Schleswig-Holstein im Juli eine neue Satzung herausgegeben, in der der Verband nicht mehr als Zusammenschluß a u t o n o m e r Kreisverbände vorgesehen ist, sondern als Partei. Vorstandsmitglieder drohen damit, daß sie sich den Namen „Grüne Liste Schleswig-Holstein" bereits rechtlich gesichert hätten. Die juristische Beratung und Anmeldung für die GL S-H beim Bundeswahlleiter hat der Hamburger Anwalt Dr. Soyka übernommen – ein Mitglied der braun durchtränkten GLU Hamburg. In einem Schreiben vom 4.7. an LV-Mitglied Baldur Springmann empfahl Soyka, „*die Gründungsversammlung noch einmal zu wiederholen und gegenüber den Wahlbehörden als eigentliche Gründungsversammlung auszugeben. ... Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Kreisverbände die eigentlichen stimmberechtigten Mitglieder sind*", und das soll sich ändern. Nach der neuen Satzung soll eine Mitgliedschaft nicht mehr autonomer Kreisverbände, sondern „natürlicher Personen" in einem streng hierarchisch gegliederten Verband geregelt werden:

So hat der für zwei Jahre gewählte Vorstand die Möglichkeit, im Alleingang „*Maßnahmen gegen Gebietsverbände*" zu ergreifen: „*Der Vorstand des Landesverbandes kann einen Gebietsverband wegen schwerwiegender Verstöße gegen Programm und Satzung ausschließen. Der Ausschluß aus dem Landesverband muß vom Landeskongreß bestätigt werden*" (§ 12,1).

Es gilt weiterhin die Unvereinbarkeitsklausel, die auf dem Rendsburger Gründungskongreß nur mit knappester Mehrheit von 32 : 31 Stimmen in die vorläufige Landessatzung aufgenommen wurde.

Verschärft wurde der UVB durch eine eigenmächtige „Interpretation": „*Mitglied kann nicht werden, wer in einer anderen politischen Partei oder Kadergruppierung, z.B. KB, organisiert ist oder wer rassistisch-nationalistisches Gedankengut vertritt.*" (LV-Beschluß vom 16.7.) Wie steht es da mit LV-Mitglied Baldur Springmann, der ein enger Freund des Nazis Thies Christophersen („Auschwitzlüge") ist?!...

Konfrontation mit den Kreisverbänden

Nachdem bereits am 16.7. vom LV die Aufnahmeanträge mehrerer Kreisverbände nicht behandelt worden waren, standen sie am 26.7. erneut auf der Tagesordnung. Die Kreisverbände Segeberg, Storman, Lauenburg, Kiel, Neumünster und Rendsburg-Eckernförde (und am selben Abend auch Flensburg-Stadt) hatten sich seit dem Rendsburger Gründungskongreß gebildet und erwarteten nun ihre Aufnahme in den Landesverband, womit sie auch Stimmrecht für den Landeskongreß im September gehabt hätten. A l l e acht Kreisverbände hatten Unvereinbarkeitsklauseln abgelehnt und sich darauf berufen, daß in Rendsburg ihre Autonomie und die Vorläufigkeit der UVBs im Landesverband vorgesehen worden war.

Vom Vorstand wurde die Aufnahme jedoch verweigert und allen acht Kreisverbänden empfohlen, eine eigene Organisation zu gründen. „*Aufnahmeanträge müssen wir mit dem Kriterium messen, wie ihr euch zu dieser Art Abgrenzung* (nach links – Anm. AK) *verhaltet. Ich muß noch darauf hinweisen, daß der Name ‚Grüne Liste' von uns angemeldet wurde. Den haben wir. Es kann nicht so etwas passieren wie in Hessen, daß sich eine Liste ‚Grüne Liste Umweltschutz' und eine andere ‚Grüne Liste – Wählergemeinschaft für ...' nennt*" (LV-Mitglied Gerd P. Werner am 26.7.).

Nach der Abspaltung des LV von diesen acht Kreisverbänden – in Schleswig-Holstein gibt es 15 Wahlkreise! – konzentriert sich der „Vorstand" offenbar darauf, die schon zu den Kommunalwahlen gebildeten relativ. konservativen Kreiswählergemeinschaften Steinburg und Nordfriesland – beide ebenfalls noch nicht im Landesverband – für seine Politik zu gewinnen.

Zur Mitgliederversammlung in Nordfriesland am 28.7. verfaßte Gerd P. Werner einen Brief, wonach die „Unterwanderung durch den KB" im Landesverband drohe und alle widerspenstigen Kreisverbände nur aus „KB-Befürwortern" beständen.

Erste Spaltung auf Kreisebene

Für die ebenfalla am 28.7. stattfindende Versammlung der „Grünen Liste" in Lübeck hatte der LV eine Spaltung von vornherein vorprogrammiert. Bereits in der Vorbereitungsgruppe für die Versammlung versuchte Peter-Christian Thürnagel – kürzlich noch SPD-Mitglied – Unvereinbarkeiten durchzusetzen.

Als am 28.7. 80 bis 90 Interessierte zur Gründungsversammlung erschienen, wollte Thürnagel gleich zu Beginn von jedem eine Unterschrift unter eine „Standorterklärung" haben und nur mit den zur Unterschrift Bereiten eine „Grüne Liste" in Lübeck gründen. Die Standorterklärung enthielt die Zustimmung zu den Vorstands-UVBs.

Thürnagels Antrag, diese „Standorterklärung" zur Voraussetzung der Gründung zu machen, lehnten die Versammelten jedoch ab. „Im Namen des Landesvorstandes" erklärte Thürnagel daraufhin „die Versammlung für geschlossen" und forderte dazu auf, an einem anderen Ort die rechte Gründung zu vollziehen. 21 Personen zogen in einen schon vorher bestellten Raum um, wo sie tatsächlich einen eigenen „Kreisverband" gründeten – alles im Beisein von LV-Mitglied Baldur Springmann.

Die zurückgebliebene Mehrheit beschloß ohne Gegenstimme, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Landesverband abgelehnt werden und bis zum 2.9. als „Initiativkreis Grüne Liste Lübeck" weitergearbeitet wird. Für den 2.9. ist die Gründung eines Kreisverbandes vorgesehen.

Solche Spaltungen beabsichtigt der Landesvorstand jetzt auch in allen anderen Kreisen, wo sich bereits Kreisverbände gebildet haben. Gerd P. Werner gab eigens eine Presseerklärung an schleswig-holsteinische Zeitungen ab, der LV wolle den Kreisverband Pinneberg nicht anerkennen. „*Der Grund: Der Landesvorstand der Grünen hält den Pinneberger Kreisverband für kommunistisch beeinflußt, wenn nicht gar von Kommunisten gesteuert*". Wie Herr Werner weiterhin klarstellte, „*lehnte der Landesvorstand nicht nur die Aufnahme des Pinneberger Kreisverbandes ab, sondern auch die Aufnahme anderer Kreisverbände*". Jetzt will der LV versuchen, einen Keil in den KV Pinneberg zu treiben und „*die Pinneberger Gruppe zum Einlenken zu bewegen. Auf einer Kreismitgliederversammlung wolle der Landesvorstand seine grundsätzliche Haltung noch einmal umfassend darstellen und begründen. Dann müßten die Kreis-Pinneberger Mitglieder selbst darüber entscheiden, ob sie der Politik des Landesverbandes folgen könnten oder nicht*" („NST", 3.8.78).

Wohin gehen die Kreisverbände?

Die Vertreter von acht Kreisverbänden (Storman, Segeberg, Lauenburg, Pinneberg, Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Neumünster und Flensburg/Stadt) haben sich einer Erklärung der Mitgliederversammlung des Kreises Storman vom 25.7. angeschlossen und forderten den Landesvorstand auf,

– „*entsprechend den Beschlüssen von Rendsburg sämtliche sich bildende autonome Kreisverbände nach §3 der damals vorläufig beschlossenen Satzung aufzunehmen und sie nach §8 mit dem vorgesehenen Stimmrecht auszustatten,*

– *die Diskussion über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Tagesordnungspunkt für den nächsten Landeskongreß im September vorzusehen*".

Darin kommt zum Ausdruck, daß in den eher links stehenden Kreisverbänden die Mehrheit der Mitglieder auch angesichts der verschärften spalterischen Umtriebe des LV das Bemühen um die Einheit und um die Vermeidung z w e i e r Kandidaturen in den Vordergrund stellen will.

Ob dies jetzt noch angebracht ist, oder ob die links stehenden Kreisverbände besser tun würden, sich auf ein gemeinsames e i g e n s t ä n d i g e s Vorgehen einzurichten, ist allerdings unter den Mitgliedern umstritten.

Positiv scheint uns in dieser Situation der Vorschlag des „Initiativkreises Grüne Liste Lübeck" für eine Konferenz aller Kreisverbände am 3.9., um u.a. über folgende Fragen zu beraten:

„*Wie wird die Einhaltung der Rendsburger GL-Beschlüsse (Autonomie der Kreisverbände, Vorläufigkeit der Landessatzung) zu gewährleisten sein?*

Sollen sich die Kreisverbände mit jetzt schon mindestens 200 Mitgliedern weiterhin vom fünfköpfigen provisorischen Landesvorstand in die Rolle eines Bittstellers drängen lassen oder einen eigenen Verband, zumindest einen eigenen organisatorischen Zusammenschluß mit eigenem Sprechergremium bilden?"

Nachdem die Rechten im LV mit Sicherheit nicht mehr vom Weg der Spaltung zurückzuholen sind, werden d i e Kreisverbände und Mitglieder, die sich dem Diktat der Rechten nicht unterwerfen wollen, wohl kaum umhin kommen, sich ihrerseits enger und selbständig zusammenzuschließen. Darüber kann auch schon vor dem 3.9. diskutiert werden.

Landesleitung des KB in Schleswig-Holstein

Differenzen in der Bremer Wahlinitiative

Gruhl und Niedersachsens GLU scheinen jetzt ihre Finger auch nach Bremen/Bremerhaven ausgestreckt zu haben: Auf dem letzten gemeinsamen Wahlplenum im „Initiativkreis Bunte /Grüne Liste Bremen/Bremerhaven" am 26.7. stellten Mitglieder der „Bürgeraktion Küste" die bisher von ihnen mitgetragenen Arbeitsgrundsätze in Frage. BBU-Vorstandsmitglied Willers forderte zwei zentrale Programmgrundlagen:

1. Der Ökologie-Gedanke.
2. Dezentralisierung in allen Bereichen, wobei ein Widerspruch zu den zentralistisch organisierten „K-Gruppen" aufgebaut werden soll.

Außerdem stellte Willers die Möglichkeit eines Bündnisses in Frage, da die verschiedenen Standpunkte nicht unter einen Hut zu kriegen seien. Stattdessen solle ein lockerer Verband gegründet werden, der Vertreter in die Bürgerschaft schicken soll, die sich als „Agentur" der Bürgerinitiativen verstehen sollen. In der Kritik an diesem eher in Richtung einer lockeren GAZ gehenden Modell nahm er dann seinen „Agentur"-Vorschlag zurück. Andere Sprecher forderten einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" und eine Diskussion um die Stellung zum Wachstum.

Es ist zu befürchten, daß hier möglicherweise der Keim der Spaltung auch in Bremen gelegt wird. Das Problem ist nicht, daß man die angesprochenen Fragen nicht diskutieren sollte. Auffällig ist nur, daß zeitgleich mit den Entwicklungen in Hessen und Niedersachsen, wo die Ökologie- und Wachstumsfrage zum Absetzen von linken Positionen und breiten alternativen Bündnissen benutzt wird, diese Fragen in der gleichen Weise in Bremen zur Debatte gestellt werden.

Wahlplenum Bremerhaven

50 Menschen als Mitglieder und Vertreter der BBA, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, der DFG/VK, vom Kinderladen, des Bund berufstätiger Frauen, der Frauengruppe Bremerhaven, des Kirchlichen Umweltschutzkreises, vom AUD und KB sowie Beobachter vom AKU (Mitglied der Bürgeraktion Küste) und verschiedene Einzelpersonen beteiligten sich am 24.7. am Bremerhavener Wahlplenum. Mitte September wird dieser Wahlkreis ein weiteres Plenum zur Beratung eines Programms und einer alternativen Liste abhalten. Einhellig wurden 5 Grundprinzipien für die Arbeit festgelegt:

„*1. Beteiligung an der Wahl in Form einer Wählergemeinschaft, Aufbau derselben über einen breiten Initiativenzusammenschluß; keine Parteigründung von oben.*
2. Aufbau nach basisdemokratischen Prinzipien.
3. Entwicklung programmatischer Aussagen, ausgehend von den bisherigen Aktivitäten und Zielen der Initiativen.
4. Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse.
5. Die Außerparlamentarische Arbeit bleibt weiter Schwerpunkt".

Diskussionsinfo Bunte/Grüne Liste

Der Initiativkreis Bremen/Bremerhaven hat eine Informationsbroschüre zum Stand der Wahldiskussion herausgegeben. Die 24-seitige Broschüre enthält erste Diskussionspapiere von Personen und Initiativen, Pro- und Kontra-Diskussion, eine Presseübersicht und zahlreiche Adressen und Angaben zu Initiativen- und Wahltreffs. Die Broschüre kostet 1 DM und ist zu beziehen über:

Bernd Wollenweber
Wyckstr. 27
28 Bremen 1

KB/Gruppen Bremen/Bremerhaven

Informationsarbeit der Bunten Liste soll bestraft werden

Am 11.3.78 wurden ca. 100 Jugendliche und Kinder aus Hamburger Jugendinitiativen von der Polizei auseinandergejagt, als sie in der Innenstadt verkleidet, mit Sketschen und Musik für das „Wehrt-Euch" – Bündnis (später Bunte Liste) werben wollten.

Dieser Polizeieinsatz war mit das Massivste und Offenste in der langen Kette von Behinderungen des Wahlkampfes der Bunten Liste; rücksichtslos wurde auf Kinder und Jugendliche eingeprügelt, drei wurden willkürlich verhaftet und zwei mußten sogar zur Behandlung ins Krankenhaus!

Diese Sache hat jetzt ein Nachspiel – nicht etwa wegen Körperverletzung durch die Polizei, sondern für die B e t r o f f e n e n :

Gegen den presserechtlich Verantwortlichen der an der Bunten Liste beteiligten Jugendinitiativen ist vom Amtsgericht Hamburg S t r a f b e f e h l in Höhe von 1.200 Mark (!!) erlassen worden wegen eines von ihm gezeichneten Flugblattes, das über den skandalösen Vorfall berichtete und noch am selben Tag verteilt wurde!

Er wird beschuldigt, „ *durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben*", was nach § 90 a Abs. 1,40,42, 43 strafbar sei!

In dem Strafbefehl wird fast das ganze Flugblatt zitiert – d.h. es soll „ nicht nur" die politische Kommentierung des Polizeieinsatzes unter Strafe gestellt werden, sondern allein auch schon dessen Beschreibung, die s c h l i c h t e I n f o r m a t i o n über den Ablauf des Knüppeleinsatzes und der V e r g l e i c h , der in diesem Flugblatt zu einem Polizeieinsatz gezogen wurde, der zwei Wochen zuvor dem Schutz (!) der kriminellen neonazistischen „Hansa"-Bande gedient hatte.

Der Betroffene hat über seinen Rechtsanwalt Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt. Die Haupverhandlung vor dem Amtsgericht Hamburg findet am 25.8. statt.

Judos in Bayern für Bunte Liste- Erfolg Ausschlußverfahren eingeleitet!

Zwischen dem bayrischen Judo-Vorstand und der dortigen FDP-Spitze geht es hoch her !

Beim 1. Wahlkongreß der bayrischen Initiativen, bei dem über die Bildung einer „Bunten Liste" beraten wurde, hatte sich der Judo-Vertreter Rohrsetzer positiv zu einem Erfolg der „Bunten Liste" geäußert; er würde es „*bedauern, wenn in Bayern keine ‚Bunte Liste' zustande kommen würde.*"

Gegen ihn leitete die FDP-Spitze ein Ausschlußverfahren ein, um „*ein Exempel zu statuieren*".

Daraufhin hatte der Judo-Landesvorstand an den 2. Wahlkongreß ein Grußtelegramm geschickt, in dem er den Bunte Liste-Initiativen „*viel Erfolg*" wünschte.

Auf einer Info-Fete der Zivildienstleistenden in Augsburg vertrat der dortige Judo-Kreisvorsitzende Schmidt die Meinung, man solle „*die Möglichkeit einer außerparlamentarischen Opposition in den sog. ‚Bunten Listen' ins Auge fassen*", keine der etablierten Parteien einschließlich der FDP vertrete mehr die Interessen der Zivildienstleistenden. Der FDP-Vorstand leitete auch gegen ihn einstimmig ein Disziplinarverfahren ein. Schmidt war nicht bereit, „*auch nur ein Wort von dem, was er gesagt hatte, abzuändern*", obwohl ihn der Vorstand dazu aufgefordert hatte.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende der Judos in Augsburg, Flassak, hat sich in einem Leserbrief an die „Augsburger Allgemeine" ebenfalls positiv zu einer Bunten Liste ausgesprochen. Auch wenn die Judos nicht aktiv mitarbeiten würden, betrachten die Augsburger Jungdemokraten (!) „*die Bunte Liste als politisch notwendig. Sie hofften, daß die Bunten bei den Landtagswahlen antreten*" würden.

Der Kreisvorsitzende der FDP daraufhin: „*Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, werden wir gegen Michael Flassak die gleichen Konsequenzen ziehen wie bei Schmidt*". Doch derzeit scheint das nicht zu fruchten, es werden immer mehr Judos, die offen ihre Sympathie für eine „Bunte Liste" bekunden.

Eppler: SPD soll Grüne integrieren!

Parteienmüdigkeit, Staatsverdrossenheit, Wahlerfolge der Bunten und Grünen - bei den großen Parteien sorgt man sich um den „demokratischen Bestand unseres Staates". Kommen nach den Wahlbehinderungen der Bunten in Hamburg jetzt die „linken" Integrationsmanöver? Dazu der SPD-Präside Eppler: „*Die Sozialdemokratische Partei wird sich jedenfalls unerhört anstrengen müssen, um das, was hier aufgebrochen ist, aufzufangen.*" (...) ‚*Mein Ziel ist es nicht, die Grünen in den Bundestag zu bekommen. Den Grünen sollte klarwerden, daß sie nur zusammen mit demokratischen Sozialisten einige ihrer Ziele erreichen können. Und die demokratischen Sozialisten müssen begreifen, daß sie in den 80er Jahren an den Rand gedrängt werden könnten, falls ihnen die Integration dieser Bewegung nicht gelingt*" (Spiegel, Nr. 32/1978).

Was Eppler außer schönen Worten anzubieten hat ist freilich nicht viel. Von den Interviewern des „Spiegel" auf den Widerspruch zu den Gewerkschaftsführern hin befragt, die „gegen Baustopp bei Atomkraftwerken mobil gemacht" haben; „*Wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam mit den Gewerkschaften, das was die ökologische Bewegung will, aufzugreifen, dann sehe ich nicht, wie die Mehrheitsverhältnisse zu unseren Gunsten (!) in den 80er Jahren aussehen könnten. Für unsere Partei wäre der Versuch tödlich, Gewerkschaften und Bürgeriniativen gegeneinander auszuspielen*", (Spiegel, ebenda).

Also, Integration: ja und Atomkraftwerke: auch ja?

Wahldiskussion in Westberlin

Nach zwei ausgiebigen Plenumsdiskussionen am 21. und 24.7.78, an denen 500 bzw. rund 700 Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilnahmen, konnte eine vorläufige Einigung noch vor der Sommerpause erzielt werden. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: *„Die Wählerinitiative wird gebildet aus Bürger- und anderen Basisinitiativen und aus Einzelpersonen. Wir halten die Mitarbeit in unserer Wählerinitiative für alle offen. Jeder, gleich welcher Weltanschauung, ob organisiert oder unorganisiert, kann bei uns mitarbeiten, sofern er konsequent für Umweltschutz und Demokratie eintritt. Ausgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir mit Nachdruck ab. Versammlungen der Wählerinitiative, insbesondere Delegiertenversammlungen, Gremiensitzungen und -verhandlungen auf allen Ebenen sind grundsätzlich und ohne Ausnahme öffentlich. Die Versammlung erklärt ihre Absicht, im September 1978 mit einer Wählergemeinschaft Alternative Liste für die Berliner Wahlen zu kandidieren“.* Ausserdem beauftragte die Versammlung einen „provisorischen Wahlausschuß“ damit, über die Sommerpause eine „programmatische Erklärung“ auszuarbeiten, eine Struktur für das Wahlbündnis vorzuschlagen, Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der Finanzen und technische Dinge zu behandeln, sich um eine Verbreiterung des Bündnisses zu bemühen, sowie rechtliche Fragen einer alternativen Wahlbeteiligung zu klären. Im provisorischen Wahlausschuß sind außerdem Delegierte, die auf den über 15 verschiedenen Bereichstreffen zu den diversen Themen gewählt wurden. Auf diesen Bereichstreffen, die e i n e wichtige Grundlage des Bündnisses darstellen, weil hier zu den verschiedensten Themen (von Umweltschutz, Betrieb, Frauen, Schwule über Jugend bis hin zu Antirepression) Unorganisierte und Organisierte, ob Einzelpersonen oder Mitglied in einer BI oder politischen Organisation zusammenarbeiten. Wichtige Aufgabe dieser Bereiche ist es, gemeinsam zu den verschiedenen Themen Bereichsplattformen zu erarbeiten. Das Bestehen dieser Bereichstreffen und ihr Delegiertenprinzip wurde am 24.7. als e i n wichtiger Bestandteil des Bündnisses von allen anerkannt.

Außerdem wurden am 24.7. aus dem Plenum heraus noch weitere 8 Delegierte hinzugewählt, und zwar vier Frauen und Männer.

Zuvor war ebenso einmütig der dem Plenum heraus noch weitere 8 Delegierte hinzugewählt, und zwar vier Frauen und Männer.

Zuvor war ebenso einmütig der Antrag des Frauenbereichs angenommen worden, daß 53% der Kandidaten einer alternativen Liste Frauen sein werden – gemäß ihrem Anteil an der Westberliner Gesamtbevölkerung.

Sybille Plogstedt von der ‚Courage ' wandte sich energisch dagegen, an einer alternativen Wahlliste teilzunehmen. Die bisherigen Diskussionen seien „männerbeherrscht“ und daran werde sich nichts ändern. Sybille Plogstedt stand damit ziemlich allein da, auch innerhalb der Frauenbewegung, die aktiv zu dem Bündnis arbeitet und verstärkt die Auseinandersetzung innerhalb des Bündnisses um die Probleme der Frauen suchen will.

Außer dem breiten Wahlbündnis haben bisher sechs bezirkliche Wählergemeinschaften – bestehend aus BI's und Einzelpersonen – ihre Kandidatur zu den Bezirksverordnetenversammlungen bereits angekündigt. Eine bis jetzt noch offene Frage ist, inwieweit die verschiedensten Kräfte, die an der Wahldiskussion zum Abgeordnetenhaus beteiligt sind, sich mit den bezirklichen Wählergemeinschaften verbinden, um gemeinsam zu kandidieren.

Eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den bezirklichen Wählergemeinschaften und den Kräften, die in der Diskussion um eine Wahlbeteiligung für das Abgeordnetenhaus stehen, würde dementsprechend schon sehr früh gewährleisten, daß schon auf Bezirksebene eine breite Palette von Themen Bestandteil des Wahlkampfes behandelt werden. Außerdem würde diese Zusammenarbeit gewissen interessierten Kräften den Boden entziehen, die gern eine Spaltung zwischen bezirklichen und überbezirklichen Initiativen herbeisehnen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die am 24.7. getroffenen Entscheidungen allgemein als „tragfähiger Kompromiß“ akzeptiert werden. Erfreulich auch, daß sowohl Elmar Altvater als auch Helmut Horst (GEW-Berlin) – beide Mitglieder des SB – eine positive und konstruktive Haltung zum Westberliner Wahlbündnis einnehmen.

Den Plenumsbeschlüssen vorausgegangen waren z.T. sehr heftige Diskussionen und Kontroversen, die sich im wesentlichen um drei Fragen drehten:

1. Vor allem von Mitgliedern des Westberliner AK/FU, der GIM, zum Teil aber auch von Vertretern der Bürgerinitiativen wurde die sog. „Strukturfrage“ aufgeworfen, wobei diese Kräfte sich für eine „Einzelmitgliedschaft“ aussprachen und demokratische Strukturen auf der Grundlage von Bürger- und Basisinitiativen mit der angeblichen Gefahr der „Spaltung“ ablehnten.
2. Unterschiedliche Ausffassungen bestanden (und bestehen noch) über die Frage der zu behandelnden Themen und ihrer Prioritätensetzung.
3. Die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber kommunisitischen Organisationen.

Die Strukturfrage

Während auf den diversen Bereichsversammlungen fast einhellig Voten für eine B a s i s kandidatur abgegeben wurden, möchte die GIM beispielsweise ihr *„unverwässertes sozialistisches Programm, daß einen sauberen Trennungsstrich zu bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften zieht '.* Da eine „sozialistische Liste" bei der heterogenen Zusammensetzung des Wahlbündnisses ohnehin völlig unrealistisch und chancenlos ist, tritt die GIM für eine Nichtbeteiligung der Bürger- und Basisiniativen ein, sie will, *‚daß Unterstützer aus Einheitsstrukturen als Einzelmitglieder an ihrer Arbeit teilnehmen können".*

Aus anderen Gründen treten Leute aus dem AK/FU, Personen aus dem SB und einige Persönlichkeiten für eine „Personenliste" ein, die den verschiedenen Bereichen gegenüber „autonom ' sein soll. Einigen geht es dabei offensichtlich darum, vor allem die „KPD" aus dem Wahlbündnis herauszuhalten und dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Mitglieder des AK/FU über keinen nennenswerten Einfluß auf Bürger- und Basisiniativen verfügen. Neben diesen machtpolitischen Überlegungen wurde vor allem angezweifelt, ob die Basisiniativen in der Lage seien, auf alle Fragen antworten zu können. Außerdem wisse man ia gungen wurde vor allem angezweifelt, ob die Basisiniativen in der Lage seien, auf alle Fragen antworten zu können. Außerdem wisse man ja nicht, wie lange die BI's überhaupt Bestand haben und ob sie noch „Luft" für 4 Jahre Legislaturperioden besitzen.

Einen letzten Versuch, eine „Personenliste" autonom von den Basis- und Bürgerinitiativen durchzusetzen, gab es am 24.7. von einem Mitglied des AK/FU, der die verschiedenen Themenbereich auf 7 reduzieren wollte und anstelle der Bereichstreffen „Diskussionsgruppen" vorschlug.

Mit überwältigender Mehrheit wurde diesen Konzepten eine Absage erteilt; es herrscht Übereinstimmung darüber, daß die einzelnen Bereiche bei der Erarbeitung ihrer jeweiligen Bereichsplattformen eine gewisse „Autonomie" besitzen.

Die Themenbereiche

Die „programmatischen" Diskussionen befinden sich derzeit auf den jeweiligen Bereichstreffen beim Sammeln von Problemen und Forderungen.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind vom Tisch

Die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten - soweit sie die Mitarbeit von Kommunisten in Basis- und Bürgerinitiativen anbelangt - stand im Bündnis nie im Vordergrund der Diskussion. Bis auf ein paar Personen herrschte Einmütigkeit hinsichtlich der Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Die Frage, ob politische Organisationen selbst als solche Bestandteil einer alternativen Liste sind, spielte demgegenüber schon eine wichtigere Rolle, ist aber aus der Welt geschafft. Nachdem das SB und der KB erklärten, daß ihre Mitglieder in den Bereichen und Initiativen mitarbeiten werden und auf eine Beteiligung als Organisation verzichteten, räumte auch die "KPD" am 24.7. das Feld.

Vorausgegangen war diesen Diskussionen allerdings ein Flugblatt von zwei Mitgliedern des AK/FU, das bürgerliche Journalisten, die ein Interesse an einer Spaltung der alternativen Liste haben, vor Neid erblassen lassen mußte.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es in der Frage, ob auch zu Themen, die in der Öffentlichkeit populär sind, jedoch von den diversen Bereichen nicht abgedeckt werden, gearbeitet werden sollte.

·RA Ströbele plädierte beispielsweise dafür, eine Themenauswahl zu treffen, die auf ein *"bereits bestehendes Problembewußtsein in der Bevölkerung"* setzt, an *"das im Wahlkampf angeknüpft werden kann."* Als Beispiele dazu seien genannt Fragen der Steuer- und Subventionspolitik, Filzokratie und Korruption, die besondere völkerrechtliche und politische Situation Westberlins usw. Zu diesen Problemen müsse zusätzlich gearbeitet werden. Dem ist zuzustimmen, da - wie ein Vertreter einer Anti-AKW-Gruppe am 24.7. ausführte - man Probleme wie die Filzokratie nicht den "rechten Demagogen" überlassen dürfe.

Ein weiterer offenkundiger Widerspruch besteht darin, daß die Bürgerinitiativen dem Umweltschutzbereich absoluten Vorrang einräumen.

So heißt es z.B. in einem Thesenpapier von einem Mitglied der "Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger" im Bezirk Zehlendorf (die WUB errang vor drei Jahren bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen rund 13 % der Stimmen!):*"Umweltschutz ist eine zentrale Aufgabe, aus der sich veränderte Einstellungen zu allen Lebensbereichen ergeben. Aus den Bedürfnissen des Umweltschutzes leiten sich politischeEinzelforderungen ab ..."* Schon die Priorität Umweltschutz stößt bei Teilen der Linken auf Ablehnung, so bei der GIM, die die "Forderungen der Arbeiter" in den Mittelpunkt stellen möchte, wie auch bei der "KPD", die *"das Eintreten für uneingeschränkte demokratische Rechte"* für *"den wichtigsten politischen Punkt"* hält.

Am Charakter eines "bunten" Programms zu den Abgeordnetenhauswahlen gibt es jedoch kaum noch Zweifel; bei den Bürgerinitiativen besteht die Bereitschaft, auch zu Fragen der Demokratie, Bürgerrechte, Subventionspolitik usw. Aussagen zu treffen.

Unter der Überschrift *"Spucken wir den Mauschlern in die Suppe"* wurde die angebliche *"Hinterzimmer-Mauschelpolitik"* von *"KB und KPD"* unter die Lupe genommen.

Da wird geargwöhnt, daß der *"KB samt seiner Lobby in 'Dicke Luft', 'Weiberplenum', 'radikal' und verschiedenen Anti-AKW-Gruppen zusammen mit Johanna Meyers 'neuer demokratischer' KPD ihre Konzeption einer Bunten Liste à la Hamburg propagieren."* Gebildete Kommissionen und Ausschüsse, die auf Vollversammlungen fast einmütig beschlossen wurden, seien allesamt von *"KB und KPD dominiert." "Berufskader von KB und KPD lauerten bereits in ihren Startlöchern", „übernahmen Regie"* usw.

Einmütig wurde dieses Flugblatt am 24.7. von allen Beteiligten verurteilt und die Verfasser zu einer Selbstkritik aufgefordert.

Wie geht es weiter?

Die beiden Plenumsdebatten Ende Juli bedeuteten insgesamt einen Schritt nach vorn; positiv ist allein schon, daß endlich durch einen Zusatz von RA Schily in die oben zitierte Resolution ausdrücklich der gemeinsame Wille betont wird, im September 1978 eine alternative Wahlliste zu beschließen.

Durchgesetzt hat sich der basisdemokratische Charakter des Bündnisses, wobei der Mitarbeit von zahlreichen Einzelpersonen im Verhältnis Rechnung getragen werden soll.

In der nächsten Zeit gilt es, insbesondere die Koordination und Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen und bezirklichen Wählergemeinschaften zu verstärken; dies zum einen aus ganz praktischen Gesichtspunkten heraus. Schließlich kommt es darauf an, den bezirklichen Wahlkampf von den Initiativen, die an den Diskussionen um eine Wahlbeteiligung fürs Abgeordnetenhaus beteiligt sind, massiv zu unterstützen, was den bezirklichen Wahlkampf von der Themenbreite her (z.B. Bildungspolitik, Frauen) sicherlich zusätzlich bereichern kann. Durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und der "bunten" Westberliner Linken sollte auch die gegenseitige Skepsis abgebaut werden können.

Insgesamt zeichnet sich in der programmatischen Diskussion ab, daß die Umweltschutzfragen Priorität erhalten sollen.

Zusätzlich werden Fragen der Subventionspolitik und ihre Folgen (Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen, Verkehrsplanung usw.), die doppelte Unterdrückung der Frauen und Fragen der Bürgerrechte (gemeint sind damit sowohl Forderungen hinsichtlich des Abbaus demokratischer Rechte als auch Fragen der Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung) eine zentrale Rolle spielen.

Achtung! Gefahr von rechts !

Parallel zu den Wahldiskussionen Ende Juli wurde von bisher nicht namentlich· bekannten Kreisen die Gründung eines Landesverbandes der GAZ/Westberlin bekannt gegeben. Durchgesickert ist nur soviel, daß die GAZ zur Zeit aus etwa 10 Personen besteht und die Zusammenarbeit mit Kommunisten strikt ablehnt.

Große Aufmerksamkeit sollte auch einigen neuen "Bürgerinitiativen" geschenkt werden, die ihren Ursprung bei Springer und dem Löwenthal'schen reaktionären BFD haben: nachdem die Herrschenden bereits mit dem BFD vor drei Jahren einen Versuchsballon starteten und dank massiver Wahlkampfhilfe von Springer 3,7 % bei den Abgeordnetenhauswahlen erzielten, planen gewissen Kreise anscheinend eine neue reaktionäre Variante: in verschiedenen Bezirken haben sich "Bürgerinitiativen" - die im Kern aus Kleingewerblichen und Ladenbesitzern bestehen - gebildet, die allerorts gegen die Errichtung einer neuen Asylstelle für Ausländer protestieren. Dabei wird offen auf die rassistische Karte gesetzt, vor einer "Überflutung" von Ausländern gewarnt, eine "hohe Kriminalität" und "Vergewaltigung von Frauen" beschworen. Diese rechtsradikalen Kräfte, die ihr Heil offensichtlich bei der britischen "National Front" abgeguckt haben, k ö n n t e n im Verein mit Springer und Löwenthal einen neuen Versuchsballon für die nächsten Wahlen abgeben.

Ein Westberliner Genosse

2. Wahltreffen in Westberlin

Am 21. Juli fand ein 2. Wahltreffen in Westberlin statt. Knapp 500 Leute waren anwesend. Bei den Berichten über die Basisbereichstreffen zeigte sich erneut, daß die überwiegende Zahl der Initiativen für eine Bunte Liste und gegen jegliche Unvereinbarkeitsveschlüsse nach links eintritt.

In der Diskussion meldeten sich allerdings auch stark die Kräfte wie der Schily-Ströbele-Kreis, das AK/FU, das SB und die GIM zu Wort, die mehr oder weniger für eine Personenkandidatur, für Einzelmitgliedschaft im Wahlverein, gegen die offene Beteiligung von „K-Gruppen" und gegen eine von ihnen angeblich befürchtete „K-Gruppen-Majorisierung" eintreten.

Die Differenzen in diesen Fragen (wir berichteten darüber schon im letzten AK und wollen das nicht wiederholen) sind nicht ausdiskutiert; am 24.7. soll die Diskussion fortgesetzt werden.

Unruhe erregte die beabsichtigte Beteiligung der „KPD" am Wahlbündnis:

– Mario Krebs vom AK/FU sprach an, daß die „KPD" u.a. für den Export von AKWs in die Dritte Welt eintritt und daß sie in Sachen „Entspannungspolitik" sogar rechts von der CDU argumentiere.

Der „Lange Marsch" hatte schon zuvor in seiner Nr. 36 zum selben Thema Stellung genommen. Zunächst wurde – unter Berufung auf den AK – von der Teilnahme der „KPD" an der pro-imperialistischen „**Lissabonner Konferenz**" gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus" (Ende Mai 78) berichtet. Die „KPD" war dort u.a. zusammen mit christdemokratischen und rechtssozialdemokratischen Politikern aus mehreren Ländern (siehe auch Meldung in diesem AK und in AK 132). Der „Lange Marsch" fährt dann fort: *„Was die Ostpolitik betrifft, steht ja die KPD den CDU-Positionen in vielen Einzelfragen gar nicht so fern. Frage: Sollen die von den Basisbürokraten ins Abgeordnetenhaus gehievten KPD-Anhänger mit der CDU gemeinsam Ostpolitik machen?*

Aufgrund ihrer Einschätzung der Supermächtekonstellation ist ja die KPD bekanntlich nicht bereit, gegen den Handel der BRD mit Atomkraftwerken (BRD-Brasilien) einzutreten, sondern begrüßt diesen Handel als Unterlaufung des Atommonopols der Supermächte.

Frage: Sollen mit den Stimmen der Anti-Atomkraftwerksbewegung hier Leute ins Abgeordnetenhaus gehievt werden, die gar nicht prinzipiell gegen Atomkraftwerke sind?

Aufgrund ihrer Einschätzung der DKP/SEW haben KSV und KPD verschiedentlich ihre Solidarität mit vom Berufsverbot betroffenen bzw. bedrohten (vermeintlichen oder tatsächlichen) Mitgliedern dieser Parteien verweigert. (An der FU lief noch kürzlich eine Kampagne „Keine Solidarität mit dem Reaktionär ...", dem zugleich vom Verfassungsschutz SEW-Mitgliedschaft vorgeworfen wurde).

Frage: Sollen Leute ins Abgeordnetenhaus, die zumindest Berufsverbote für SEW/DKP-Mitglieder billigend in Kauf nehmen?"

Es stellt sich allerdings am Ende doch die Frage, wie weit hier nicht mit fortschrittlichen, durchaus gerechtfertigten Argumenten einfach versucht wird, einen Schritt zur Hinausdrängung der „K-Gruppen" zu tun – um sich nach getaner Arbeit auf das nächste Opfer zu stürzen: den KB.

Trotzdem ist es zu unterstützen, wenn auch aus dieser Richtung die Beteiligung der „KPD" an einem möglichen Wahlbündnis kritisch hinterfragt wird.

Überdies wurde im Papier einer Anti-AKW-Initiative auf die miesen Störversuche und parteibornierten Manipulationen der „KPD" in der Hamburger Bunten Liste hingewiesen (so behauptete die „KPD" beispielsweise, die Bunte Liste sei sich, abgesehen vom KB, darin einig gewesen, daß die Bekämpfung der DKP zu den wichtigsten Zielen der Bunten Liste gehöre! Die „KPD" klebte z.B. auch Plakate mit i h r e n Parolen – u.a. für die „Wiedervereinigung" – und mit dem Zeichen der Bunten Liste!). Daß die „KPD" es in Westberlin, wo sie schon im voraus einen „Frontstadt"-Wahlkampf angekündigt hat, noch wilder treiben würde, liegt zumindest als Verdacht nahe.

Hier wird zu diskutieren sein, wo im Interesse der Glaubwürdigkeit eines Wahlbündnisses die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen unvermeidlich an ihre Grenze stößt.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 14.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents